Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung halbjährlich 4 Wochen vor dem Quartalsende, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Juni 1931

Aus Hitlers Reich.

Internationaal Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. In- und ausländische Blätter melden, dass der Berliner nationalsozialistische "Angriff" sein jüngstes Verbot provoziert habe, um auf diese Weise aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen.

Was ist daran wahr? Die Stennes-Revolte haben Hitler und Goebbels äusserlich zwar überwunden, aber im Innern der NSDAP gärt und brodelt es weiter. Die Palastrevolution in der Berliner Hitlerzentrale hat eine ganze Reihe von Existenzen vernichtet. Man wollte die Organisation seinerzeit mit eisernen Besen säubern, aber man hat dabei nicht nur bewährte Kräfte auf die Strasse gekehrt, sondern mit ihnen auch einen Teil des Schmutzes, der sich in dem weiträumigen Hause in der Hedemannstrasse, dem Sitz des Herrn Goebbels, angesammelt hatte. Dieser Schmutz ist es, der jetzt von den vernichteten Existenzen aufgewirbelt wird und so zur Kenntnis der Umwelt kommt.

In den ersten Tagen des April brachte "Der Angriff" allerlei alarmierende Nachrichten über die zügellose Soldateska des Stennes, womit die S.A.-Männer des abgesägten Sturmführers gemeint waren. Unter der Rubrik "Kampf um Berlin" wurde versteckt auf die Unannehmlichkeiten und Auswüchse des "Feldlagers" hingewiesen, und als am 4. April der Nachfolger von Stennes seinen Einzug in die Hedemannstrasse hielt, entdeckte man etwas ganz Unangenehmes: Spinde und Schreibtische waren erbrochen, Bücher und Kleidungsstücke beiseite geschafft. Am schlimmsten war es in der Feuilleton-Redaktion zugegangen. Die Manuskripte waren vom Schreibtisch gerissen und als Kopfkissen oder zu anderen Zwecken benutzt worden. Auf diese Weise sollen etwa achtzig Manuskripte verloren gegangen sein, darunter ein wertvolles Roman-Manuskript, das der Verfasser des "Angriff" im März von einem bekannten Berliner Schriftsteller eingefordert hatte. Der angerichtete Schaden konnte nicht lange geheim bleiben, denn die Herren Autoren fragten immer wieder nach dem Verbleib ihrer eingesandten Arbeiten. Die jetzige Verlagsleitung des "Angriff" erklärte schliesslich, die Schuld an den vernichteten Manuskripten trage die zügellose Soldateska des Herrn Stennes und der Verlag des "Angriff" werde Herrn Stennes für den angerichteten Schaden haftbar machen, ebenso die entlassenen Angestellten, die Feuilleton-Redakteurin usw., die in gröbster Weise ihre Pflicht verletzt, weil sie die wertvollen Manuskripte nicht in Sicherheit gebracht hätten.

Diese angeblich so pflichtvergessenen Angestellten haben sich aber die Entlassung nicht gefallen lassen, sie liefen zum Kadi der verhassten Republik und verlangten das ihnen zustehende Gehalt bis zum Quartalsende. Hierbei kam es zu sehr unliebsamen Szenen, man konnte erkennen, wie schnell sich Liebe in Hass verwandelt, und da man nun einmal beim Reden war, wurde alles ausgekramt, was zwar nicht auf den Richtertisch gehörte, was aber der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden durfte: der unwahrhaftige und scheinheilige Kern des ganzen nationalsozialistischen Gehäuses. Zunächst wurde es offenbar, dass nicht die Stennesleute Einbruch, Diebstahl und Sachbeschädigung begangen hatten, sondern dass

die Uebeltäter in den Reihen der Hitler S.A.-Leute zu suchen waren, die in der Nacht vom 2. zum 3. April in der Hedemannstrasse Wache hielten und die Gelegenheit benutzten, die Redaktionszimmer gründlich auszuräubern. Für den angerichteten Schaden ist die jetzige Verlagsleitung verantwortlich. Aber woher das viele Geld nehmen?! Die Einkünfte des "Angriff" haben sich in letzter Zeit immer mehr verringert. Dazu kommen die empfindlichen Geldstrafen, die für den recht unvorsichtigen Herrn Goebbels bezahlt werden müssen, ferner die nachzuzahlenden Gehälter für die grundlos entlassenen Angestellten und schliesslich die sehr beträchtliche Summe für die vernichteten Manuskripte. Das Unglück wollte es, dass das eingeforderte Roman-Manuskript ein kleines Vermögen darstellt, weil es in einem zweiten Exemplar nicht mehr vorhanden ist. Die Meldungen in- und ausländischer Blätter über die finanzielle Lage des Goebbels-Organs sind also nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Der Verlag des "Angriff", einer angeblich sozial eingestellten Zeitung, geht dem Sturm der Gläubiger zunächst dadurch aus dem Wege, dass er die Zahlungen hinauszuschieben sucht, wahrscheinlich in der Hoffnung, die Drängenden auszuhungern und dadurch gefügig zu machen.

Wenn nur die Hälfte von dem, was sich die Leidtragenden des Stenneskrachs vor den Arbeitsgerichten und dem Schiedsgericht der Presse zuraunten, auf Wahrheit beruht und nur ein Drittel der Drohungen gegen Hitler und Goebbels in Erfüllung geht, dann muss es in der NSDAP in kurzer Zeit drunter und drüber gehen. Dass mit dem Einzug der neuen Herren in die Berliner Hedemannstrasse eine Klüngelwirtschaft schlimmster Art begonnen haben soll, ist nicht so schlimm wie die Behauptung, dass die angeblich Getreuen alles andere als treu seien, dass auch diese nur auf den Augenblick warten, um "loszulegen". Gegen Dr. Goebbels wurden die schwersten Anschuldigungen und noch schwerere Drohungen vom Stapel gelassen, Anschuldigungen, die jedem Staatsanwalt, wenn er kein verkappter Nationalsozialist ist, ein wahres Vergnügen bereiten würden. Und was die Drohungen anbetrifft, so beziehen sich diese nicht nur auf Leib und Leben, sondern mehr noch auf die wirtschaftliche Schädigung der NSDAP. Der Eine sagte, wenn wir so gemein gewesen wären, wie die Leute vom "Angriff", hätten wir alles verraten können, dann wäre die ganze Partei in die Luft geflogen. Ein anderer meinte, wenn das Finanzamt wüsste, was es nicht weiss....., soviel Geld gibt es garnicht, was die NSDAP zu zahlen hätte. Und damit wäre die ganze Schwindelbude in der Hedemannstrasse aufgeflogen! Eine weibliche Stimme fügte hinzu:"Die halten alle nur Stange, weil sie sich die Taschen füllen. Der S. hat geheiratet, die Möbel und die Wohnung hat ihm die Partei gegeben, der L. hat auch Möbel und Wohnung bekommen, wer Gelegenheit hat, sich einen Hausstand zu begründen, weiss sich jetzt alles zu beschaffen, was er braucht. Wir haben noch lange Zeit ohne Entgelt gearbeitet und nicht daran gedacht, uns zu bereichern, jetzt muss die Partei ihre Leute spicken, damit sie die Treue halten!" Ein ganz Wütender schreit: "Sechs bis sieben Millionen haben sie in München vergeudet und den SA-Männern haben sie nicht einmal gestattet, aus der Kantine einen Teller Suppe uu holen, die stopfen sich die eigenen Taschen voll, aber der Tag der Abrechnung wird nicht lange auf sich warten lassen, dann fliegt die NSDAP in die Luft!"

Als diese Worte fallen, bemächtigt sich der ehemaligen treuen Gefolgschaft eine unbändige Heiterkeit, eine höllische Freude über das bevorstehende Platzen der Partei. Den unterressierten Zuhörer überläuft ein Gruseln bei dem Gedanken, dass diese Leute, die noch vor wenigen Tagen auf das Hakenkreuz geschworen haben, es heute niederreissen würden, wenn sie die Möglichkeit hierzu hätten. Der nachdenkliche Psychologe aber fragt sich, wie gering muss die Ueberzeugungskraft des nationalsozialistischen Prinzips sein, wenn das Fortjagen von der Krippe schon genügt, die Anhängerschaft in brutalste Feindschaft zu verwandeln. Aber so sieht es im Hitlerlager überall aus. Es stinkt in jeder Beziehung und wie es stinkt, dürfte demnächst vor allem auch der Prozess Stennes-Hitler-Goebbels beweisen.

SPD. Am Mittwoch begannen in Berlin eine ganze Reihe politischer Besprechungen, die von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der überaus zugespitzten politischen Lage sein werden.

Am Vormittag tagte der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sein Beschluss lässt erkennen, dass er entschlossen ist, alle Kräfte einzusetzen und alle brauchbaren Wege zu beschreiten, um die der Arbeiterklasse drohenden sozialen und politischen Gefahren abzuwehren. Von der gleichen Stimmung zeugt der Beschluss, den der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Nachmittag in einer Sitzung fasste, in der Vertreter der Sozialdemokratischen Reichs tagsfraktion anwesend waren. Partei und freie Gewerkschaften stehen Schulter an Schulter. In Einigkeit und geschlossener Front werden sie alles tun, um die Interessen der unteren Volksschichten gegen die soziale Reaktion zu wahren.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und andere Fraktionen treten erst Ende dieser Woche zusammen. Deshalb war eine unmittelbare Entscheidung über die Einberufung des Reichstags in der Mittwochsitzung des Aeltestenrats nicht möglich. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten hatten beantragt das Reichstagsplenum schon für nächsten Dienstag einzuberufen. Für diesen Antrag stimmte auch der Vertreter der Wirtschaftspartei, während sich der Vertreter des Landvolks der Stimme enthielt. Mit den Stimmen der übrigen Parteien wurde der Antrag schliesslich abgelehnt. Eine neue Sitzung des Aeltestenrats ist für nächsten Dienstag in Aussicht genommen. Sie soll die Entscheidung darüber bringen, ob der Reichstag einberufen wird oder nicht.

Die "Germania" bezeichnet den Zusammentritt des Reichstags in der gegenwärtigen Situation als das verhängnisvollste, was geschehen könnte. Es wäre geradezu leichtfertig, eine politische Aktion zu einem vielleicht verständlichen beschränkten Zwecke zu unternehmen, die aber später über diesen Zweck hinausgeht und deren Ausgang nicht abzusehen ist. Anscheinend richten sich diese Bemerkungen der "Germania" in erster Linie gegen diejenigen Strömungen, die in der Haltung des Vertreters der Wirtschaftspartei im Aeltestenrat, aber auch in der Haltung des Landvolks und der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck kommen. Die "Deutsche Tageszeitung" wirft z.B. die Frage auf, ob Herr Brüning glaube, mit Herrn Curtius als Aussenminister erfolgreiche aussenpolitische Verhandlungen führen zu können. Auch in der Deutschen Volkspartei, der Herr Curtius angehört, sind ähnliche Strömungen, die eine Kabinettsumbildung erstreben, vorhanden. Hier verlangt man ausser dem Rücktritt von Curtius auch den von Dietrich. Da in der Deutschen Volkspartei auch diejenigen Kreise sitzen, die nach dem Direktorium rufen, für das neben dem unseligen Herrn Schacht Männer der rheinischen Schwerindustrie genannt werden, so sind die politischen Absichten dieser Kreise ziemlich deutlich erkennbar. Ihre Hoffnung geht dahin, dass der Reichstag das Kabinett Brüning bald stürzt und sie dann ihrem Ziele näherkommen. Aus diesem Grunde sind die Scharfmacher der Volkspartei für die Einberufung des Reichstags. Wie es heisst, wird ihre Fraktion am Donnerstag in ihrem Sinne beschliessen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird zunächst in Besprechungen mit dem Reichskanzler Dr. Brüning festzustellen versuchen, ob und in welchem Ausmass die Reichsregierung zu Aenderungen der Notverordnung bereit ist!

SPD. Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister sind am Mittwoch nachmittag nach Berlin zurückgekehrt. Am Donnerstag vormittag werden sie das Kabinett über ihre Besprechungen in Chequers informieren. Im Zusammenhang damit wird die innen- und aussenpolitische Lage erörtert werden. Nachmittags beabsichtigt der Reichskanzler, die Parteiführer zu empfangen. Am Freitag reist er zur Information des Reichspräsidenten nach Neudeck.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich am Mittwoch vormittag mit der durch den Erlass der neuen Notverordnung geschaffenen politischen Lage beschäftigt. Er erkennt die Notwendigkeit an, die Finanzen des Reichs, der Länder und der Gemeinden auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der Vorstand ist aber der Auffassung, dass die zu diesem Zweck erlassene Notverordnung in einzelnen Teilen so harte Massnahmen für die breiten Massen der Bevölkerung enthält, dass ihre Abänderung dringend erforderlich erscheint. Der Fraktionsvorstand wird zunächst mit dem Reichskanzler in Verbindung treten, um festzustellen, inwieweit durch Verhandlungen die für notwendig gehaltenen Abänderungen erreicht werden können.

SPD. Chemnitz, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Von den 72 Kommunisten, die im Zusammenhang mit den blutigen Zwischenfällen in Chemnitz anlässlich des Sachsentreffens der Nazis verhaftet wurden, sind 15 in Haft behalten worden. Sie wurden im Laufe des Mittwoch der Staatsanwaltschaft zugeführt. Wer die tödlichen Schüsse abgegeben hat, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Der Tod der zwei Nationalsozialisten wird von dem völlig im Fahrwasser der Naziblätter segelnden "Chemnitzer Tagesblatt" zu einer unverhüllten Mordhetze gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt. So schreibt dieses Blatt: "Dieser Vorfall zeigt ganz deutlich, dass die ungeheure Mordhetze der Marxisten bei dem roten Untermenschentum blutige Früchte getragen hat. Die wahren Urheber dieser Mordtat sitzen auch hier in Parteistellen der marxistischen Mordfront". In dieselbe Kerbe schlägt die nationalsozialistische Partei Ortsgruppe Chemnitz, die in der Chemnitzer bürgerlichen Presse eine Todesanzeige für ihre beiden getöteten Parteimitglieder veröffentlicht, in der es heisst: "Zwei deutsche Männer mussten wiederum ihr Leben lassen, weil das blut- und ehrbewusste Deutschland heute schutzlos den marxistischen Mörderorganisationen ausgeliefert ist."

Die Polizei ist gegen diese Mordhetze bisher noch nicht eingeschritten.

SPD. Der AfA-Bundesvorstand teilt mit: Die Notverordnung vom 5. Juni enthält neben den bereits allgemein bekanntgewordenen unerhörten Verschlechterungen und Belastungen der gesamten Arbeiterklasse auch eine Reihe von besonderen Eingriffen in den gesetzlichen Angestelltenschutz und das bestehende Angestelltenrecht. Die Behörden-, Bergbauangestellten und eine Reihe weiterer Gruppen werden auch noch in einzelnen Sonderbestimmungen der Notverordnung hart getroffen.

Der Afa-Bund wird selbstverständlich in der Bekämpfung dieser Notverordnung diese Angriffe auf das soziale Recht und die Lebenshaltung der Angestellten mit aller Schärfe zurückweisen. Er hält jedoch angesichts der grossen politischen und sozialen Gefahr statt eines Sondervorgehens der einzelnen Arbeitnehmergruppen die geschlossene Abwehr aller Gewerkschaften für notwendig. Aus diesem Grunde wird der AfA-Bund in Gemeinschaft mit dem ADGB zur Notverordnung und der damit entstandenen Lage Stellung nehmen.

SPD. Braunschweig, 10. Juni (Eig. Drahtb

Ueber 1 000 Strafbefehle hat der Naziminister Dr. Franzen bisher denjenigen Eltern zugehen lassen, deren Kinder am Schulstreik der weltlichen Schulen am 10. und 11. April ds. Js. teilgenommen haben. Ueber 1 500 stehen noch aus. Das Polizeipräsidium lässt täglich etwa 100 Strafbefehle, die über 2 bezw. 3 Tage Haft lauten, herausgehen. Trotzdem alle Eltern auf Veranlassung des Welt-

lichen Elternbundes gegen die Strafverfügung Einspruch erheben,arbeiten die Behörden schematisch weiter. Um diesem Unfug ein Ende zu machen, hat die sozialdemokratische Fraktion dem braunschweigischen Landtag am Mittwoch ein Amnestiegesetzentwurf zugehen lassen, nach dem alle Strafen,die anlässlich des Schulstreiks verhängt worden sind bezw. verhängt werden,niedergeschlaggen werden sollen. Die Annahme des Entwurfs hängt von der Stellungnahme der Volkspartei ab.

SPD. Magdeburg, 10.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Genossenschaftstag beschäftigte sich am Mittwoch mit Fragen der Eigenproduktion, der Rechtsprechung der Zivil= und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine, die genossenschaftliche Werbe= und Erziehungstätigkeit usw.

Ueber die Bedeutung der Eigenproduktion referierte Fischer-Leipzig. Er führte aus: Wäre die Grosseinkaufsgesellschaft (GEG) lediglich zur Erringung geschäftlicher Erfolge errichtet worden, so wäre es überflüssig, an dieser Stelle die Bedeutung der genossenschaftlichen Eigenproduktion zu erörtern.Die GEG hat höhere Aufgaben zu erfüllen. Die Genossenschaften wollen der Wirtschaft ihren richtigen Sinn wiedergeben,indem sie von den Bedürfnissen der Menschen aus und nicht von den Bedürfnissen des Kapitals her die Wirtschaft regeln. Der wichtigste Schritt zu diesem Ziel ist die von der GEG betriebene Güterherstellung. Diese Erkenntnis ist leider noch nicht für jeden Geschäftsführer eines Konsumvereins und die Gesamtheit der Konsumsmitglieder zur Selbstverständlichkeit geworden. Es gibt immer noch Konsumvereinleitungen,die zwar von ihren Mitgliedern unbedingte Treue zur Genossenschaft erwarten,die aber bei ihren geschäftlichen Massnahmen der GEG gegenüber nicht die gleichen Folgerungen ziehen. Sie glauben,anstelle der GEG=Erzeugnisse gewisse Markenartikel im Konsumladen haben zu müssen. Sie fürchten einen Umsatzrückgang, wenn man die Markenartikel der Privatindustrie nicht führt. Es hiesse aber,an der genossenschaftlichen Mission verzweifeln,wenn das wirklich so wäre. Bei genügender Aufklärungsarbeit ist es möglich, auf die Erzeugnisse der Privatindustrie zu verzichten. Endlich muss betont werden,dass die genossenschaftliche Eigenproduktion das stärkste Gegengewicht gegen die Beherrschung des Marktes durch das Privatmonopol der Kartelle darstellt. Die kartellmässig gebundene Wirtschaft wird zu einer immer grösseren Gefahr, und ihr in der Errichtung eigener Herstellungsbetriebe der Verbraucher entgegenzuwirken,ist eine Aufgabe von unabsehbarer Bedeutung. Daraus ergibt sich für alle Genossenschafter die Schlussfolgerung,dass die Eigenproduktion mit allen Kräften und allen Mitteln zu fördern ist, da wir nur auf diesem Wege unserm Ziele näher kommen.

Im Anschluss an das Referat Fischers wurde folgende Entschliessung angenommen: "Es ist das Ziel der konsumgenossenschaftlichen Bewegung,dem Verbraucher entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft zu geben. Sie erstrebt anstelle der herrschenden planlosen kapitalistischen Privatwirtschaft die genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft. Der erfolgreichste Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel war die Aufnahme der Bedarfsgütererzeugung durch die GEG. Durch den Ausbau der zentralen Genossenschaftsgütererzeugung wird die Leistungsfähigkeit der Gesamtbewegung gesteigert,ihre Unabhängigkeit von der Privatwirtschaft gefestigt und der wirtschaftliche Einfluss der Verbraucherorganisationen gestärkt, sodass auch vorübergehende allgemeine Wirtschaftskrisen sie nicht zu erschüttern vermögen. Die genossenschaftliche Gütererzeugung bildet das stärkste Gegengewicht gegen die Beherrschung des Marktes durch kartellierte Industrien und die sicherste Bürgschaft eines gerechten,auf den wirklichen Kosten aufgebauten Preises der Güter für den Verbraucher. Der GEG hat die Erzeugung in den letzten Jahren in vorbildlicher Weise erweitert. Sie steht vor der Lösung neuer grosser Aufgaben; sie hierbei unter stärkster Betonung der genossenschaftlichen Ziele und Grundsätze durch restlose Deckung des Bedarfs

an den in den Eigenbetrieben hergestellten Gütern zu unterstützen und den Umsat dieser Eigenerzeugnisse mit allen Kräften zu fördern, ist Pflicht aller dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften. Insbesondere muss das geschehen durch die Ausmerzung fremder Markenartikel auf den Gebieten, auf denen die GEG seit Jahren gleichwertige, wenn nicht bessere, aber billigere Erzeugnisse herstellt.

Ueber die Rechtsprechung der Zivil= und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine führte Dr. Petersen-Hamburg folgendes aus: Genossenschaften, die ihren Geschäftsbetrieb auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, betreiben kein Gewerbe. Ihrer Geschäftstätigkeit fehlt das Gewinnstreben. Sie vermitteln ihren Mitgliedern, den Trägern des Unternehmens, Ersparnisse. Die von den Konsumgenossenschaften gewährte Rückvergütung ist daher kein verteilter Geschäftsgewinn, sondern eine Mitgliedererspparnis, die wirtschaftlich eine Minderung der Warenbezugspreise darstellt. Bis zu den letzten Jahren haben Gesetzgebung und Rechtsprechung diese aus dem wirtschaftlichen Wesen der Konsumgenossenschaften abgeleiteten rundsätze allseitig anerkannt. Leider hat sich die Rechtsprechung der neueren Zeit in manchen Fällen über diese Grundsätze und damit über das Wesen der genossenschaftlichen Verbraucherzusammenschlüsse hinweggesetzt. Die verfehlte Rechtsprechung ist nicht nur bei unteren Gerichten festzustellen, auch höchste Instanzen haben bei ihrer Urteilsfindung die fundamentalen Wesensgrundsätze einer konsumgenossenschaftlichen Unternehmung verkannt. Bei der Anwendung der Steuergesetze wird ausschlaggebend in Rücksicht gezogen, dass die Konsumgenossenschaften mit dem privaten Einzelhandel im steten Wettbewerb um den Kunden stünden. Sie müssten sich daher im Hinblick auf ihre = angeblich - günstigere Steuerrechtslage eine besonders strenge Auslegung des Gesetzes gefallen lassen. Diese Auslegung, die wirtschaftspolitischen Erwägungen folgt, führt zu Ergebnissen, die dem Wortlaut und Sinn der Steuergesetze nicht mehr entnommen werden können und bei denen den Konsumgenossenschaften keine ihrem Wesen gerecht werdende Behandlung zuteil wird. Jeder objektive Masstab für die Rechtsfindung wird dadurch gefährdet. Auch auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts hat sich die Rechtssprechung vielfach in einer dem Konsumvereinen ungünstigen Richtung entwickelt. Auf der einen Seite wird zugestanden, dass ein Vorgehen auf Grund des Wettbewerbsgesetzes gegen die Konsumvereine zulässig ist; auf der anderen Seite werden aber den Konsumvereinen Schwierigkeiten gemacht, wenn sie einmal den Schutz des Wettbewerbsgesetzes gegen unlautere Eingriffe anderer Wirtschaftskreise für sich in Anspruch nehmen wollen. Es ist also für die Rechtssprechung der Zivil= und Finanzgerichte festzustellen, dass sich bei der Anwendung des Gesetzes eine den Konsumvereinen ungünstige Tendenz bemerkbar macht, die das Wirken der in Krisenzeiten besonders wichtigen Verbraucherorganisation empfindlich behindert. Im Interesse der Erfüllung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Konsumgenossenschaften muss erwartet werden, dass unter Würdigung des wirklichen Wesens der Konsumgenossenschaften eine Wandlung in der Rechtsprechung eintritt.

Der dem Vortrag folgende Beifall zeigte, welche Erregung die gegen die Konsumvereine gerichtete Rechtsprechung der letzten Zeit in allen Kreisen der konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher ausgelöst hat. Das kam auch in der Aussprache sehr klar zum Ausdruck, in der Verbandssekretär Junghans-Erfurt die gegenwärtige Art der Rechtsprechung und die thüringische Ausnahmegesetzgebung gegen die Konsumvereine stark angriff und für die Konsumgenossenschaften Gerechtigkeit forderte.

Den Ausschussbericht erstattete Markus-Düsseldorf: Zur Erledigung aller Angelegenheiten, die den Zentralverband und die ihm angeschlossenen, genossenschaftlichen Organisationen betroffen haben, sind ausser den üblichen Sitzungen der Verwaltungs=Kommission und des Kuratoriums der Heinrich-Kaufmann-Stiftung insgesamt 11 gemeinschaftliche Sitzungen und Konferenzen notwendig gewesen; davon 4 gemeinschaftliche Sitzungen des Vorstandes und Ausschusses im Jahre 1930 und 2 im Jahre 1931. Ausser diesen fanden 4 Generalratstagungen statt, da=

von 2 im Jahre 1930 und 2 in diesem Jahre, sodann noch eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und Ausschusses mit den Sekretären der Verbände.

Der Redner wies weiter in ernster Weise - hoffentlich befolgen das die Konsumvereine - auf die Notwendigkeit hin, mehr als früher in Wort und Schrift aufklärend über die Zusammenhänge in der Wirtschaft und Politik bei den Verbrachermassen zu wirken. Man müsse den Verbrauchern Wesen und Bedeutung der Genossenschaftsbewegung klarlegen. Damit könne man eine Bresche in die Zerfahrenheit schlagen,die sich in der Beurteilung der in Frage stehenden Dinge immer wieder zeige und die von den direkten Gegnern der Verbraucher leider allzu sehr beeinflusst werde. Notwendig sei auch mit den den Genossenschaften nahestehenden Organisationen der Arbeiter,Angestellten und Beamten Fühlung zu halten. Nur so könne das gegenseitige Verstehen in allen wichtigen Tagesfragen herbeigeführt werden. Das Verhältnis zu der den Genossenschaften nahestehenden Presse sei nicht immer das denkbar beste. Ein auf gleichgeartete Interessen und gegenseitigem Verständnis beruhendes, aber im übrigen inniges Verhältnis könne grosses Unheil in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die gemeinsamen Gegner verhüten. In der Genossenschaftsbewegung ruhten ausserordentlich starke und gesunde Kräfte. Dessen müssten sich die Genossenschaftler bewusst sein: "Nutzen wir diese Kräfte aus, so wird der Sieg unser sein. Die Genossenschaften müssen und werden weiter bestehen zum Segen des ganzen Volkes."

Ueber die Pensionskasse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine berichtete Hugo Bästlein-Hamburg. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften betrug am Jahresende 366, die der Mitglieder stieg um 2 562 auf 34 345. Es wurden 2 172 000 Mark Renten gezahlt; das Kassenvermögen beträgt 34 592 237 Mark. Die Rentenanträge sind gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der turnusmässig ausscheidenden Vorstandsmitglieder. Anstelle des freiwillig ausscheidenden ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedes Berger-Hamburg wurde Everling-Hamburg gewählt, nachdem zunächst einstimmig beschlossen war, für das ausgeschiedene geschäftsführende Vorstandsmitglied Hoffmann-Hamburg keine neue Wahl vorzunehmen.

Nach einstimmiger Genehmigung der Jahresrechnung und des Voranschlags für 1931 dankte der Präsident des Genossenschaftstages der Stadt Magdeburg, der gastgebenden Genossenschaft und allen denen,die zum Gelingen und der erfolgreichen Durchführung beigetragen haben. Der Redner fasste das Ergebnis des Genossenschaftstages noch einmal zusammen und betonte die Notwendigkeit der Erziehung der Mitglieder zu treuen Genossenschaftern. An der granitenen Mauer des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine werde der Ansturm der sogenannten Opposition elend zerschellen. Er schloss mit den Worten: "Wir werden es schaffen die Konsumvereine aus dieser Notzeit glücklich herauszuführen, wenn wir alle unsere Pflicht erfüllen!"

SPD. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten stellt zu der neuen Notverordnung mit grösstem Befremden fest,dass trotz aller Proteste Hunderttausender von Kriegsopfern und trotz nachdrücklicher Warnungen der Organisationen der Städte und Gemeinden sowie der Tagespresse die durch Blut erworbenen Rechte der Kriegsopfer in einer untragbaren Weise angegriffen worden. Die Notverordnung übertreffe alle Befürchtungen. Insbesondere treffe sie die Zusatzrentenepfänger, die "Leichtbeschädigten", die Arbeitslosen,die Bewohner lädnlicher Gegenden und die in öffentlichen Diensten stehenden Versorgungsberechtigten in einem nicht zu verantwortenden Ausmass.

Der Bundesvorstand protestiert deshalb auf das nachdrücklichste gegen die neuen Abbaumassnahmen. Er ersucht den Reichstag,alsbald in eine Nachprüfung der Notverordnung einzutreten und die unerträglichen Bestimmungen zu beseitigen.Dabei sind die im Reichsbund vereinigten Kriegsopfer der Auffassung,dass es trotz aller Schwierigkeiten noch Möglichkeiten genügend gibt,den Haushalt

des Reichs, der Länder und Gemeinden zu sichern, ohne in die von der Reichsregierung und vom Reichstag selbst wiederholt als unzulänglich anerkannte Versorgung und Fürsorge einzugreifen.

SPD. Genf, 9.Juni (Eig.Drahtb.)

Das italienische Innenministerium hat den Verkauf des Buches von Remarque "Der Weg zurück" in Italien verboten. Die gesamte Auflage der italienischen Ausgabe wurde gesperrt und eingezogen.

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich unter Beteiligung des Vorstandes des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes am Mittwoch eingehend mit der Notverordnung vom 5.Juni befasst. Beide Bundesvorstände verkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volk Opfer zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot, wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, dass der allgemeine Widerstand der Arbeitnehmerschaft sich ungestüm geltend machen muss. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Aenderung der Notverordnung herbeizuführen.

SPD. München, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Im bayerischen Landtag spielte sich am Mittwoch ein unerhörter Vorgang ab. Im Zusammenhang mit der Beratung des Etats der Bergbauverwaltung wurde die Regierung, insbesondere von den Sozialdemokraten, wegen der von der Bergwerksdirektion geforderten Stillegung der Luitpold=Hütte in Amberg aufgefordert, alles zu tun, um diese für die Arbeiterschaft und die Stadt Amberg drohende Katastrophe abzuwenden. Der Redner der Nazifraktion, der durch seine Mordhetze und andere wüste Affären im Landtag berüchtigte Abg. Wagner, wusste ein ganz anderes Rezept. Mit zynischen Gebärden prophezeite er den Untergang des deutschen Bergbaus und des bayerischen Eisenerzbergbaus im besonderen. Die bayerischen Bergwerke seien nichts wert und von der Kredifähigkeit des bayerischen Staates sei überhaupt nichts mehr übrig geblieben. Wörtlich sagte er dann: "Wir Nationalsozialisten warnen jedenfalls ausdrücklichst jeden ausländischen Geldgeber, in dieses bankrotte System noch einen Pfennig hineinzustecken. Es wird der Zeitpunkt kommen, da an der Stelle der heutigen schwarz=roten Regierung eine nationalsozialistische Regierung steht. Diese wird dann nicht daran denken, etwaige Kredite, die diesem verfallenen System gegeben worden sind, zurückzuzahlen".

Durch empörende Zurufe kennzeichneten die Sozialdemokraten diesen Landesverrat des Hakenkreuzlers, der sich in dieser Form zum erstenmal auf der Tribüne eines deutschen Parlaments gewagt hat. Der Präsident liess das Verbrechen in Ruhe geschehen. Er erteilte dem Hitler=Hetzer weder einen Ordnungsruf noch eine Rüge. Für den passiven Präsidenten, der sonst in nationaler Entflammung nicht genug tun kann, fand wenigstens der stellvertretende Finanzminister, dem die staatlichen Betriebe unterstellt sind, einige Worte der Entrüstung. Er bedauerte, dass ein Abgeordneter durch solche Reden die Kreditfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen suche.

Das Motiv des Hakenkreuzlers ist klar. Als leibhaftige Hyänen der Not wollen die Nazis, dass die Arbeiter und Angestellten ihre Betriebe verlassen müssen und Opfer der Verzweiflung werden, damit sie in trostloser seelischer Verfassung eine Beute der hakenkreuzlerischen Verhetzung werden. Mit diesem verruchten Mittel hofft die Hitlerei auf legalem Wege möglichst rasch an die Macht zu kommen. Der bayerische Landtag ist aber noch keine Hitlerbude, die nur die Geschäfte der vom Machtrausch besessenen politischen Verbrecher zu besorgen hat. Es wird deshalb seine dringende Aufgabe sein, gegen den unter seinem Dach bewusst begangenen Landesverrat die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

SPD. Braunschweig, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Herzog von Braunschweig weigert sich, den auf ihn entfallenden Zuschuss zum Landesmuseum und zur Landesbibliothek in Wolfenbüttel von 70 000 Mark jährlich zu zahlen. Er begründet die Weigerung mit seiner finanziellen Notlage.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat deshalb an den Volksbildungsminister Dr. Franzen die Anfrage gerichtet, was er zu tun gedenke, um die Schliessung der beiden wichtigen Kulturinstitute des Landes Braunschweig zu verhindern. Gleichzeitig fragt die sozialdemokratische Fraktion, ob der Staat beabsichtige, den ehemaligen Herzog von Braunschweig zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten.

Der Herzog, der zu den reichsten Personen Deutschlands gehört, kann die 70 000 Mark Verwaltungskostenzuschuss zweifellos mühelos aufbringen, zumal er erst 1925 vom Lande Braunschweig 53 000 Morgen Land mit 3 Schlössern und vier Domänen als Abfindung erhalten hat. Die Weigerung des Herzogs erfolgt wahrscheinlich nur in der Absicht, vom Landtag die Zustimmung zu dem Verkauf des berühmten Bildes von Vermeer "Das Mädchen mit dem Weinglase" zu erzwingen.

SPD. Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat gegen die Notverordnung eine Erklärung beschlossen, die im wesentlichen folgendes feststellt:

Die in den Paragraphen 6, 7 und 8 des zweiten Teiles der Notverordnung vorgesehenen Lohnkürzungen sind ein direkter Eingriff in das Tarifvertragsrecht der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben. Besonders empörend ist, dass dieser Eingriff sich auch auf die Reichsbahngesellschaft erstreckt, obgleich diese nach dem Wortlaut der Notverordnung selbst keine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die der Reichsbahn gegebene Ermächtigung zur einseitigen Aenderung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages verletzt die in der Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Arbeitnehmer... Die Einkommensverhältnisse der Reichsbahnarbeiter lassen einen weiteren Abbau der Löhne ohne Gefährdung der Existenz nicht mehr zu. Neben einem direkten Lohnabbau von durchschnittlich mehr als 6 % sind die Einkommen der Reichsbahnarbeiter durch Arbeitszeitverkürzung und Feierschichten ohne Lohnausgleich, sowie durch Herabsetzung der Gedingeverdienste und Versetzungen in niederigere Lohngruppen und ländliche Dienststellen bereits so stark abgebaut, dass heute Zehntausende von verheirateten Reichsbahnarbeitern Wochenlöhne von 20 bis 25 Mark, zum Teil noch weniger, beziehen. Die bisherigen Lohneinbussen der Reichsbahnerarbeiter betragen bis zu 50 % des früheren Einkommens. Wenn die Notverordnung die Reichsbahngesellschaft ermächtigt, diesen Lohn einseitig noch mehr senken zu können, auf der anderen Seite aber besondere Sicherungen dafür bietet, dass die Gehälter der leitenden Beamten, die weit über das Einkommen der vergleichbaren Reichsbeamten hinausgehen, beibehalten werden können, dann mutet es geradezu als Hohn an, wenn die Reichsregierung in ihrem Aufruf von "Härten, die alle Volkskreise treffen", spricht.

SPD. London, 10.Juni (Eig.Drahtb.)

Der "Daily Herald" kommentiert die Erklärung Briands in der Kammer über den Young=Plan in einem Leitartikel wie folgt:

"Solche Methoden, solche Manieren sind verhängnisvoll für jenes Ideal, zu dem sich Briand bekennt. Revision des Young=Plans ebenso wie Revision eines anderen internationalen Vertrages ist eine Angelegenheit der Untersuchung, der Ueberlegung und der freundschaftlichen Unterhaltungen. Das abzustreiten und von starrer Endgültigkeit zu sprechen ist nicht nur ein Unsinn, sondern es ist auch eine Missachtung der Bestimmungen des Völkerbundes, zu dem sich Briand selbst so oft bekannt hat. Dies wird den Erfolg haben, dass Tausende von neuem dem Lager Hitlers zugeführt werden. Briand hat Frankreich, Deutschland, Europa und der Welt einen schlechten Dienst geleistet".

SPD. München, 10.Juni (Eig.Drahtb.)

Die polizeilichen Erhebungen über die Ursache des Glaspalastbrandes sind am Mittwoch abend abgeschlossen worden. In dem darüber veröffentlichten amtlichen Bericht wird bestätigt, dass trotz eifriger Nachforschungen aller möglichen Spuren sich nicht der geringste Anhaltspunkt für vorsätzliche Brandstiftung ergeben hat.

Der Feuerherd war im Innern des Gebäudes in einer der beiden Kammern rechts vom Haupteingang zu suchen. Um 2,40 Uhr hat der eine Wächter ausweislich der Kontrolluhr vorschriftsmässig seinen stündlichen Rundgang, der ihn in sämtliche Säle und auch an den beiden Kammern vorbeiführte, beendet und nichts bemerkt. Der nächste Wächter, der ausweislich der Kontrolluhr um 3.20 Uhr den Rundgang durch den Ostflügel beendete, sah bereits die beiden Kammern und teilweise auch die Nebenräume brennen. Auch der Feuerwächter des Glaspalastes sah aus den beiden Kammern das Feuer herausschlagen. Um die gleiche Zeit bemerkten auch verschiedene Personen ausserhalb des Glaspalastes das Feuer aus diesem Teil des Hauses in die Höhe schlagen. Brandentstehung durch Feuerstätten (elektrische Leitungen, Gas, etc.) scheidet aus. Fahrlässigkeit durch Rauchen kann nach den Erhebungen ebenfalls nicht angenommen werden. Auch den am Abend vorher bis 20 ¾ Uhr in der Ausstellung beschäftigten Malern kann irgendwelches unüberlegtes Umgehen mit Licht oder Feuer nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Dagegen wurde festgestellt, dass die Maler am Abend vorher nach Schluss der Arbeit in einer der beiden Kammern Nesselstoffbauschen auf einen Haufen zusammengelegt hatten, die sie zum Abreiben von Oelfarbe an einer 6 Quadratmeter grossen Holzwand verwendet hatten. Die Bauschen waren zu diesem Zweck mit einer Mischung aus Firnis und Terpentin getränkt worden. Die etwa 16 Quadratmeter grosse Kammer, in der die Bauchen lagen, war durch Holzwände gebildet, die mit Rupfen überspannt waren. Der Boden war mit einem alten Läufer bedeckt. Nach den vorhergehenden heissen Tagen war die Hitze innerhalb des Glaspalastes noch sehr gross. Nachdem im vorliegenden Falle der Aufbewahrungsort der Oellumpen zweifelsfrei auch der Brandherd war, muss Selbstentzündung der ölgetränkten Lumpen als Brandursache angenommen werden. Das vom gerichtschemischen Institut erstattete Gutachten ist in Würdigung der vorliegenden Umstände nach Prüfung der Oellumpen und des Nesselstoffes zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

SPD. München, 10.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Aufräumungsarbeiten der Trümmer des Glasplastbrandes forderten am Mittwoch=Nachmittag das erste Opfer. Bei der Abtragung der noch aufragenden Eisenpfeiler stürzten einige Bogen in sich zusammen, wodurch ein Arbeiter 12 Meter herabstürzte und mit einem schweren Schädelbruch vom Platz getragen werden musste. Ein Arbeiter kam mit leichteren Verletzungen davon.

SPD. Amsterdam, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Die für Dienstag vorgesehene Rundfunkrede des Generalsekretärs des Jnternationalen Gewerkschaftsbundes Schevenels über Matteotti wurde durch den Niederländischen Rundfunk-Kontrollausschuss verboten. Das Verbot ist ein beschämendes Armutszeugnis für die Behörden.

Der Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie richtete an die Regierung ein Protesttelegramm, in dem er betont, dass das Verbot eine Verletzung verfassungsmässiger Rechte sei, die die Regierung zu wahren habe. Der Jnnenminister erklärte, man habe in der Rede Schevenels eine Gefahr für die Sicherheit des Staates erblickt.

SPD. Der Reichskanzler liess sicham Mittwoch von Mitgliedern des Kabinetts über die durch die Notverordnung hervorgerufene innenpolitische Lage informieren.

Jn unterrichteten Kreisen verlautet, dass der Reichskanzler unter gewissen Voraussetzungen bereit sein soll, einer Erörterung der Notverordnung in einem Reichstagsausschuss seine Zustimmung zu geben. Er wendet sich jedoch nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Einberufung des Reichstags.

SPD. Braunschweig, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Die nationalsozialistische Regierung Braunschweigs steht vor der Pleite. Jhr Finanzminister erklärte am Mittwoch im Haushaltsausschuss, dass er selbst Ausgaben, die vom Landtag bereits beschlossen seien, nicht mehr ausführen werde und neue Ausgabenbeschlüsse nicht mehr annehmen könne. Es seien für Braunschweig weder in- noch ausländische Kredite zu erhalten.

SPD. Köln, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Jn einem Jndustrievorort Kölns wurde von der Kriminalpolizei eine Bande von Warenhausdieben festgenommen. Sie bestand aus zehn gewerbsmässigen Ladendiebinnen und vier Hehlern. Ausserdem wurden 15 Personen verhaftet, die sich der Hehlerei in beschränktem Masse mitschuldig gemacht haben.

Jm Kölner Hafenviertel beschlagnahmte die Polizei am Mittwoch 20 000 geschmuggelte Zigaretten. Das zum Transport benutzte Auto wurde ebenfalls beschlagnahmt.

SPD. Rom, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Das Verhalten der Mitglieder der Amsterdamer Jnternationale gegenüber den Delegierten der faschistischen Gewerkschaften auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf veranlasste den Korporationsminister Bottai am Mittwoch zu folgender Erklärung an die Presse:

"Die Geduld der italienischen Vertreter gegenüber dem Jahr um Jahr sich wiederholenden Protest gegen die Gültigkeit der faschistischen Arbeitervertreter hat ihre Grenze erreicht. Die Frage ist, ob nicht eine entschlossene Stellungnahme der Abwehr gegen die Angriffe im Genfer Arbeitsamt endlich notwendig ist. Gleich nach meiner Rückkehr nach Rom werde ich mit Mussolini und dem Aussenminister diese Frage behandeln. Noch in diesem Jahr ist eine solche entschlossene Kundgebung der italienischen Regierung über die fernere Haltung Jtaliens zum Jnternationalen Arbeitsamt zu erwarten. Deshalb habe ich auch in Genf nicht gesprochen und nicht die Kritik vorgebracht, die ich zu den Genfer Debatten zu sagen gehabt habe."

SPD. Paris, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Die bürgerlichen Linksparteien der Kammer, die sich zu einem Linksblock zusammenschliessen, wählten am Mittwoch einen Vorstand. Gewählt wurden u.a. Herriot, Chabrun und Guernut. Ausserdem wurde eine Kommission eingesetzt, die ein Programm für eine gemeinsame Aktion des Linksblocks in und ausserhalb des Parlaments ausarbeiten soll.

Die Sozialisten, die vor Ostern aufgefordert wurden, dem Block beizutreten, haben sich noch nicht entschieden.

SPD. Weimar, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Der Gesetzgebungsausschuss des Thüringischen Landtags lehnte am Mittwoch einen Antrag auf Aufhebung der Jmmunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Saukel ab.

Die Aufhebung der Jmmunität war wegen einer Aeusserung Saukels im Nationaltheater in Weimar beantragt worden. Dort hatte Saukel kürzlich im Verlauf einer nationalsozialistischen Versammlung erklärt: "Jn diesem Raum hat sich einst eine Horde von Verrätern und Feiglingen angemasst, einen neuen Staat aufzubauen." Die Nationalsozialisten bestritten nicht, dass Saukel diese Aeusserung getan hat, erklärten aber, dass er sich dadurch keineswegs strafbar gemacht habe. Er habe weder Regierungsmitglieder beleidigt noch die Republik bezw. die republikanische Staatsform herabgesetzt. Der Ministerialrat und wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Gerstenhauer sprach sich ebenfalls gegen die Aufhebung der Jmmunität aus. Wenn in dem Falle Sauckel das Republikschutzgesetz angewandt werden sollte, dann gebe es überhaupt keine freie Meinungsäusserung in Deutschland mehr. Vor allem falle die Nationalversammlung, die den Versailler Friedensvertrag unterzeichnet habe, unter die Aeusserungen Sauckels. Das ganze Zentrum sei damals unter Adenauer separatistisch wie nur irgend möglich gewesen. Als die Nationalversammlung den Versailler Vertrag angenommen habe, habe er vor dem Nationaltheater in Weimar gestanden. Plötzlich sei ihm ein bekannter Zentrumsabgeordneter in die Hände gelaufen. Zu ihm habe er gesagt: "Was habt ihr gemacht? Jhr seid ja alle Landesverräter!" Er habe ausgeholt, um den Zentrumsabgeordneten zu verprügeln, der sei aber fortgelaufen. Den Namen des Zentrumsabgeordneten nannte Gerstenhauer nicht. Zentrum und Demokraten bezeichnete er als die Nutzniesser der Revolution. Es sei heute gang und gebe, dass man die ehemaligen Abgeordneten der Nationalversammlung als Landes- und Hochverräter bezeichnen dürfe, ohne dafür belangt zu werden.

Der Antrag auf Aufhebung der Jmmunität wurde abgelehnt mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Die Vertreter der anderen Parteien enthielten sich der Stimme. Zunächst sollen ihre Fraktionen zu dem Antrag Stellung nehmen.

SPD. Schwerin, 10. Juni (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch fand in Kröpelin (Mecklenburg) ein Lokaltermin mit dem Lustmörder Heinz Bretzmann statt, der unter dem dringenden Verdacht, die 12 jährige Schülerin Anna Möllert ermordet zu haben, am Morgen in Haft genommen worden war. Bei dem Lokaltermin sammelte sich eine grosse Menschenmenge an, die gegenüber dem Mörder eine äusserst bedrohliche Haltung annahm. Die Untersuchungskommission sah sich gezwungen, den Lokaltermin abzubrechen, da der Mörder der Gefahr tätlicher Angriffe ausgesetzt war. Bretzmann hat im Laufe des Mittwoch gestanden, die Schülerin auf dem Nachhauseweg von der Schule angesprochen, sie ins Kornfeld geschleppt und vergewaltigt zu haben. Als sich das Kind zur Wehr gesetzt habe, habe er sein Opfer gefesselt und durch drei Schläge mit einer Schraubenzange getötet. Bretzmann ist nach Rostock transportiert worden.

Aus aller Welt

Das Schmugglerparadies.

Hamsterzüge per Auto - Das Monstrelager im Aachener Hauptzollamt - Eine "Notverordnung" gegen das Schmuggelunwesen?

SPD.Aachen, 10.Juni (Eig.Bericht)

An der deutschen Grenze nach Holland und Belgien ist in letzter Zeit der Schmuggelbetrieb geradezu unheimlich aufgeblüht. Die riesige Not, die durch eine verkehrte Zollpolitik hervorgerufenen Ueberteuerungen im Inlande und die fressende Arbeitslosigkeit sind die Hauptursachen dieses Ueberhandnehmens des Schmuggelunwesens. Tagtäglich wandert ein Strom von jungen und alten Menschen, zum Teil"ohne allen Komfort" simpel zu Fuss, zum Teil aber auch in Autos über die Grenze, um für billiges Geld Zigarren, Zigaretten, Zigarettenpapier, Kaffee, Kakao, Tee und anderes einzukaufen. Unter Lebensgefahr und auf den kompliziertesten Schleichwegen wird die billige Ware nach Deutschland zurückgebracht, um dort an allen Ecken und Enden geschleichhandelt zu werden. Kleine Landwirte bringen Getreide und Mehl über die Grenze, um so ihren ruinierten Finanzen ein wenig aufzuhelfen.

Wenn man im Aachener Bezirk herumstreift, stösst man überall auf die "fliegenden Händler", die im Flüsterton ihre billigen Zigaretten anbieten und selbst Kakao und Tee still und heimlich auf der Strasse an den Mann zu bringen versuchen. Andere wieder, denen der Strassenhandel ein wenig zu riskant erscheint, ziehen durch die Häuser und versuchen bei den Hausfrauen ihre geschmuggelte Ware mit angemessenem Verdienst loszuwerden. Wie das bei solchen Dingen zu sein pflegt -: auch der Schmuggel hat sich bereits konzernmässig organisiert. Es gibt gross angelegte Verkaufsorganisationen der Schmuggler, die ihre Netze schon über alle grösseren deutschen Städte gespannt haben. Auch in der Schmuggelei blüht bereits ein rentabler Zwischenhandel, der naturgemäss die billige Ware wieder verteuert. Immerhin scheint sich das illegale Geschäft auch für den Abschlusskäufer noch zu lohnen. Trotzdem an der Grenze die Kontrollmassnahmen sehr verschärft worden sind, trotz starker Vermehrung der Grenzwachen, die mit Karabinern bewaffnet, fast pausenlos die Grenzen absuchen, wird es mit dem Schmuggelunwesen täglich schlimmer. In letzter Zeit sind Autostreifen eingesetzt worden, um den raffiniert arbeitenden Schmugglern auf die Sprünge zu kommen.

In welch riesigem Umfange geschmuggelt wird, beweisen die Schmuggelschätze des Aachener Hauptzollamtes, die den illegalen Grenzgängern im Laufe der letzten zwei Monate abgenommen worden sind. Natürlich stellen sie nur einen Bruchteil der geschmuggelten Warenmasse dar. In den Monaten April und Mai wurden von der Inlandsabteilung des Hauptzollamtes an Schmuggelwaren 4 475 Kilogramm Kaffee, 175 Kilogramm Kakao, 180 Kilogramm Schokolade, 10 Kilogramm Tee, 142 Kilogramm Margarine und Fleischwaren, 209 Kilogramm Tabak, 10 000 Zigarren, 3 375 ooo Zigaretten, 20 600 Heftchen Zigarettenpapier, 4 521 Kilogramm Mehl und 1940 Kilogramm Getreide beschlagnahmt. Allein in einer der letzten Nächte gelang es der Fahndungsabteilung, den Schmugglern 187 ooo Zigaretten abzujagen.

Der Bezirk, in dem sich der Hauptschmuggelbetrieb vollzieht, verläuft etwa über 70 Kilometer an der Grenze zwischen den Orten Scherpenseel, Aachen und Walheim. Die Zigarrenhändler hat der Schmuggelbetrieb geradezu zur Verzweiflung gebracht. Unter Hinweis darauf, dass ihr Umsatz um 50 bis 75 Prozent zurückgegangen ist, verlangen sie eine neue "Notverordnung" und zwar eine, die sich gegen das Schmuggelunwesen richten soll. Diese "aktuelle" Forderung ist

allerdings wohl mehr demonstrativ gemeint. Dass übrigens selbst die zahllosen Strafverfolgungen die Schmuggler nicht zurückschrecken lassen, beweist die Tatsache, dass im April und Mai annähernd 2 000 Schmuggler von den ordentlichen Gerichten abgeurteilt worden sind.

Immerhin hat die Schmuggelei ein Gutes: das Reichsfinanzministerium gelangt durch sie zu einer nicht unwesentlichen Einnahme. Die beschlagnahmten Zigaretten und Zigarren, Tabak, Kaffee, Kakao, Tee usw. werden über den Hamburger Freihafen wieder ins Ausland verkauft, Fleischwaren und Butter geben die Aachener Wohlfahrtsanstalten zu billigem Preis an die Bevölkerung ab, während die Bäckerorganisationen Mehl und Getreide zu marktüblichen Preisen erhalten. So sind die Schmuggler ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch ausnahmsweise das Gute schafft. Wenn auch das Böse ganz erheblich zu überwiegen scheint.

+ + +

Der Bau des Rügendamms. Wie aus Stralsund berichtet wird, ist der Bau des Rügendamms nunmehr gesichert. Der Bau, dessen Herstellungskosten einschliesslich der Fahrstrasse 31 Millionen Mark betragen werden, wird noch in diesem Herbst in Angriff genommen.

+ + +

Gemütliche Feuerwehr. In der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadt Köln, in der Gemeinde Langenfeld, leistete sich die Freiwillige Feuerwehr einen unglaublichen Schildbürgerstreich. In einem an der Gemeindegrenze zwischen Langenfeld und Leichlingen gelegenen Gebäude brach mitten in der Nacht Feuer aus. Sogleich wurde die Freiwillige Feuerwehr Leichlingen alarmiert. Aber sie kam und kam nicht. Nach einigen Stunden liess sie vielmehr mitteilen, dass nicht sie, sondern die Langenfelder Feuerwehr "zuständig" sei. Als schliesslich die "zuständige" Feuerwehr eintraf, war das Gebäude bereits bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

+ + +

Schlachtfeld Neurode. Wieder wehen in Neurode die Fahnen auf halbmast. Elf Monate nach jener unsäglichen Katastrophe im Kurt-Schacht der Wenzeslausgrube, bei der 150 Bergleute im Kampf mit den Elementen ihr Leben verloren, auf dem benachbarten Max-Schacht der Grube Ruben ein neues Unglück, das sieben Kumpels das Leben kostete. Die Ursache des schweren Unglücks ist ein sehr erheblicher Kohlensäureausbruch. Die Kohlensäure drang, Kohlenstaub vor sich her treibend, in den Stollen ein und überraschte eine sogenannte Revisionskolonne. Den sieben Spitzenleuten dieser Kolonne gelang es nicht zu entkommen, sie starben einen entsetzlichen Erstickungstod. Fünf andere konnten noch lebend geborgen werden, da die Rettungsmannschaften mit heroischer Bravour die Kameraden aus der Hölle der Erde herausholten, Die Verletzten, die im Knappschaftslazarett liegen, befinden sich ausser Lebensgefahr. Fast sämtliche Getöteten waren Familienväter. Eines der Opfer, der Hilfssteiger Pfropfreis, wurde einige Stunden vor der Entbindung seiner Frau vom Tode ereilt. Am Unglücksschacht sammelten sich zahlreiche Angehörige und Kameraden der Verunglückten. Da man zuerst befürchtete, dass noch mehr Tote zu beklagen seien, war die Erregung gross. Erst in tiefer Nacht konnte festgestellt werden, dass die übrige Belegschaft geborgen und der Schacht geräumt war. Die an Blut und Tränen so reiche Geschichte des Bergbaus ist um eine neue erschütternde Tragödie vermehrt worden.

+ + +

Tod auf dem Flugplatz. Auf dem Flugplatz Delde bei Groningen stürzte der niederländische Sportflieger Hendriki tödlich ab. Das Flugzeug ist völlig zerstört.

Wirtschaft Technik Handel

Subventionismus.

(Bedenkliches aus der Notverordnung.)

SPD. Aus der in der Notverordnung vorgesehenen Krisensteuer soll ein Drittel der Erträgnisse für Arbeitsbeschaffung verwandt werden. Zunächst sind 140 Millionen Mark dazu ausersehen, um Aufträge an die Schwerindustrie heraus= zu geben. Die ganze Aktion soll so vor sich gehen,dass die Reichsbahn Gleis= erneuerungen und Gleisumbauten vornimmt und zwar im Betrage von 200 Millionen Mark. Dabei sollen angeblich 120 ooo Arbeiter für ein halbes Jahr Beschäfti= gung finden.

Diese Auftragsvergebung grössten Stils soll so finanziert werden,dass der Stahlwerksverband für das Schienenmaterial - es werden monatlich 60 ooo Tonnen anstatt wie bisher nur 20 ooo Tonnen durch die Reichsbahn bestellt - sich ei= nen Kredit von 100 Millionen Mark verschafft, der von der Reichsbahn erst nach einigen Jahren zurückgezahlt zu werden braucht. Die Zinsenlast aber trägt das Reich aus Mitteln der Krisensteuer. Das Reich hat ferner aus der Krisensteuer 60 Millionen Mark als sogenannten verlorenen Zuschuss beizusteuern. Die rest= lichen 40 Millionen Mark hat die Reichsbahn aufzubringen. Nun liegen die Dinge aber so: Die Oberbaumaterialllieferung werden die Schwerindustriellen aus ihren Lägern nehmen. So ist zu befürchten,dass aufgrund dieser Lieferungen keine nennenswerte Mehrbeschäftigung eintritt. Die Schwerindustrie hat in voriger Woche auf der Tagung des Langnamvereins nach dem starken Kanzler gerufen,aber auch nach Subventionen. Man hat das in Berlin verstanden. Fragt sich,ob der Kanzler sich mit diesem Arrangement nach Auffassung der Schwerindustrie stark genug zeigt.

Trotzdem ist bei den ganzen Vorschlägen zu beachten,dass in der Steinindu= strie insbesondere für Schlackensteine, bei den Erdarbeiten und Gleisverlegun= gen viele Arbeitskräfte gebraucht werden. Ob das aber ausreicht,um 120 ooo Mann neu einzustellen, erscheint doch ziemlich zweifelhaft. Für die Schwerindustrie hat jedenfalls diese Art Arbeitsbeschaffung die angenehme Nebenwirkung,dass sie von ihren grossen Lägern herunterkommt und dass ihr das Reich (oder,besser ge= sagt, diejenigen im deutschen Volk, die die Krisensteuer aufbringen) den Zin= sendienst abnimmt.

Die Notverordnung enthält noch weitere Subventionsgeschenke. Dem Stein= kohlenbergbau wird der Arbeitnehmer= und der Arbeitgeberbeitrag in der Ar= beitslosenversicherung für die Untertagearbeiter erlassen. Dieses Geschenk macht 6,5 % der gesamten Lohnsumme der bergmännischen Belegschaften aus. Der gesamte Steinkohlenbergbau dürfte damit pro Jahr 40 Millionen Mark "einsparen".

Der Bergbau und die Chemie erhalten aber noch ein weiteres Geschenk. Man hat nämlich keine der Benzinzollerhöhung entsprechende Ausgleichabgabe für die Treibstoffe aus inländischer Erzeugung geschaffen. Da aber selbstverständlich die inländischen Industrien,also die Benzolgewinnung,die inländische Erdöl= industrie und die Kunstbenzinproduktion,auch ihre Preise heraufsetzen,erhalten sie bei einem jährlichen Verbrauch von etwa 450 ooo Tonnen inländischen Treib= stoffen (Kraftsprit nicht mit eingerechnet) ein Schutzzollgeschenk von 30 Mil= lionen Mark. Für die Benzolgewinnung, die vom Bergbau betrieben wird,sieht das Geschäft wie folgt aus: Die Zapfstellenpreise für Benzol werden ohne jeden Grund prompt um 4,5 Pfennig pro Liter heraufgesetzt. Das bedeutet bei einem

jährlichen Absatz von rund 400 000 Hektolitern einen Mehrerlös von 18 Millionen Mark.

Man sieht also, dass die Grossindustrie, dass Kohle, Eisen und Chemie bei dieser Notverordnung nicht vergessen worden sind.

Besonders die Kohlensubvention - darauf läuft praktisch die Niederschlagung der Arbeitslosenbeiträge hinaus - erscheint äusserst problematisch. Es ist zunächst ein unmöglicher Weg, wirtschaftlich notwendige Preissenkungen aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Nun will man aber die Ermässigung der Kohlenpreise in erster Linie für die Steigerung des Konkurrenzkampfes gegen die englische Kohle benutzen. Die deutsche Wirtschaft, die bisher schon einen überhöhten Kohlenpreis bezahlen muss, wird davon nichts haben. Dagegen kann man die sogenannte Umlage vermindern. Das sind die Kosten, die die Kohlenbarone für den Konkurrenzkampf gegen die englische Kohle zu zahlen haben. Die erlassenen Arbeitslosenbeiträge kommen also den grossen Werken zugute. Aber davon wollen wir einmal ganz absehen. Wir wollen nur die Tatsache ins Auge fassen, dass öffentliche Mittel für den Kohlenexport verwandt werden. Das hat England bereits vor Jahren getan, mit dem Erfolg, dass die übrige Wirtschaft es bald leid wurde, diese Kosten zu tragen, und ganz energisch forderte, dass damit Schluss gemacht wurde. England machte denn auch Schluss mit diesem bedenklichen System. Millionen und Abermillionen waren aber für Nichts und wieder Nichts verpulvert.

Man muss leider befürchten, dass der in der Notverordnung konstruierte Krisenfond noch zu anderen Subventionszwecken benutzt wird. Schon hört man, dass man den Werften die Industrieumlage erlassen hat. Man kennt auch Subventionswünsche zahlreicher anderer Industrien und, leider, auch die Geneigtheit des Finanzministers, diesen nachzukommen. Wenn man überhaupt die unter schwersten Opfern der Massen aufgebrachten Krisensteuermittel zur Arbeitsbeschaffung benutzen will, dann müssen sie wirksam eingesetzt werden. Nach dem Gesichtspunkt der stärksten Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten und nicht nach Subventionsgesichtspunkten.

Tolle Sachen werden wir wahrscheinlich im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes erleben. Was hier schon jetzt produziert wird, schlägt jeder wirtschaftlichen Vernunft ins Gesicht. So propagiert man einen Zehnjahresplan für Meliorationen. Er soll nicht weniger als zehn Milliarden Mark erforderlich machen. Man kann nur warnen. Schon bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist nicht immer genügend auf die Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit der Investitionen geachtet worden. Mit der famosen Einrichtung des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" wird es sehr wahrscheinlich noch schlimmer kommen.

Dabei ist für produktive Arbeiten erst jüngst ein hinreichendes Rahmen in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten geschaffen worden. Warum, so fragen wir, greift man nicht auf diese zurück? Scheut man vielleicht die öffentliche Kontrolle, die hier mehr gegeben ist, als wenn man gewisse Arbeiten durch Kolonnen im freiwilligen Arbeitsdienst verrichten lässt, von denen man eigentlich nicht weiss, wer sie zusammengestellt hat und was sie zuguterletzt sollen. Aus diesen Ueberlegungen heraus möchten wir die Notwendigkeit der öffentlichen Kontrolle ganz besonders unterstreichen. Eine strenge objektive Kontrolle kann nur die Gewähr geben, dass der Subventionsmissbrauch nicht in den Himmel wächst.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 10. Juni: Amtliche Notierungen ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. 121 Mark, II. 111 Mark, abfallende Sorten 97 Mark. Tendenz: Ruhig.

SPD. In der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung des Grossen Ausschusses des Reichskohlenrats kam einmütig das lebhafte Bedauern darüber zum Ausdruck, dass von der Regierung eine Aenderung der Kohlenwirtschaftsgesetzes vorgenommen und wiederum mit vorzeitiger Ankündigung in die Kohlenpreispolitik eingegriffen worden sei, ohne die Organe der Kohlenwirtschaft überhaupt zu hören. Es werde wieder das eintreten, was schon im Oktober 1930 bei der damaligen Ankündigung einer Preisermässigung zu beobachten war: ein vollständiges Stocken des Absatzes! Dies zeige sich schon darin, dass angesichts der Bestimmung der Notverordnung, die der Regierung die Möglichkeit gibt, ab 29. Juni die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für den Steinkohlenbergbau unter Tage zu einer Preisherabsetzung zu verwenden, eine fühlbare Verminderung der Abrufe für den Monat Juni herbeigeführt worden ist. Verstärkt werde diese Erscheinung noch dadurch, dass das Ruhrsyndikat nur bis zum 31. August 1931 verlängert worden ist und nun wiederum, gestützt auch auf die durch die Notverordnung geschaffene Lockerung des syndikatlichen Zusammenschlusses der Verbraucher, mit einem syndikatlosen Zustand und als Folge mit einem hemmungslosen Wettbewerb gerechnet werden muss.

Der Grosse Ausschuss hält es für richtiger, wenn die Regierung das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat schon jetzt für eine mehrjährige Frist zusammengeschlossen hätte.

SPD. Es war vorauszusehen, dass die Bestimmungen der Notverordnungen über die Verwendung von Erträgnissen aus der Krisensteuer zur Arbeitsbeschaffung die Industrie geradezu provozieren musste, die Reichsregierung mit Subventionsgesuchen zu bombardieren. Seit Tagen gehen Gerüchte um, nach denen in gewissen Kreisen geradezu phantastische Projekte erörtert werden, in denen nur so mit den Milliarden herumgeworfen wird. Inzwischen scheinen die ersten Subventionsgesuche bei der Regierung angelangt zu sein. Unter diesen Gesuchen soll sich auch ein Gesuch der Firma Borsig-Berlin befinden, um die es seit langem nicht gut steht.

Der in aller Welt bekannte Borsigkonzern leidet unter der Umstellung von der Rüstungsindustrie auf die Friedensarbeit. Das Rüstungsgeschäft hatte dem Unternehmen vor dem Kriege und während des Krieges einen starken Rückhalt gegeben. Jetzt fehlen diese Lieferungen. Dazu kommt die Krise in der Lokomotivindustrie. Sie führte zu einer Zusammenlegung der Borsiglokomotivbetriebe mit den Betrieben der AEG. Seitdem scheint sich die Lage bei Borsig weiter verschlechtert zu haben. worauf besonders zahlreiche Entlassungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten schliessen lassen. Wie es heisst, begründet die Firma Borsig ihr Subventionsgesuch mit nationalpolitischen Gründen.

Eigentümlich berührt, dass die Firma Borsig ihr Subventionsgesuch an das Reichswehrministerium gerichtet hat. Dieses hat sich bis jetzt über die Angelegenheit Borsig ausgeschwiegen. Die Tatsache des Subventionsgesuches ist uns aber von der Firma Borsig ausdrücklich bestätigt worden.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Stationen vom 10. Juni: Gelbfleischige 4,10 bis 4,45, weisse 2,10 bis 2,25, rote 3,50 bis 4,25, blaue 2,95 bis 3,20. Die Preise gelten für in Berlin bahnstehende Ware bei Abschlüssen von mindestens einer Waggonladung.

Mehlgeschäft stockt.

(Berliner Getreidebörse vom 10.Juni.)

SPD.An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch wieder erheblich mattere Stimmung. Namentlich die Kurse für Weizen gingen im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft wie auch im Handel mit effektiver Ware um etwa 2 bis 2½ Mark zurück. In altem Weizen ist das Angebot zwar nicht grösser geworden, da aber das Mehlgeschäft wieder vollkommen stockt, wurden nur um 2 bis 3 Mark niedrigere Preise erzielt. Neuer Weizen hatte dagegen vermehrtes Angebot und ging gleichfalls um 2 Mark zurück. Roggen konnte seinen Preisstand besser behaupten, wenn auch die Umsatztätigkeit hierin sehr gering war. In prompte, Roggen war das Angebot sehr knapp und die Preise einigermassen gehalten. Ware aus neuer Ernte hatte gleichfalls nur kleines Angebot und demzufolge geringes Geschäft bei um etwa 1 Mark niedrigeren Kursen. Der Mehlmarkt verkehrte wieder in sehr flauer Tendenz. Die Weizenmehlpreise waren um 25 Pfennig ermässigt, ohne dass sich hierin wie auch in dem unverändert bewerteten Roggenmehl nennenswerte Kaufneigung zeigte. Auch für Mehl aus neuem Getreide zeigte sich nur wenig Kaufinteresse. Von der allgemeinen Lustlosigkeit wurde auch Hafer in Mitleidenschaft gezogen, der mehr Angebot als Nachfrage hatte und infolgedessen gleichfalls um 3 Mark zurückging.

	9.Juni	10.Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	273 - 275	271 - 273
Roggen	196 - 198	195 - 197
Futter- und Industriegerste	210 - 226	210 - 226
Hafer	183 - 188	180½-185½
Weizenmehl	32,75-38,00	32,50-37,75
Roggenmehl	26,30-28,10	26,30-28,10
Weizenkleie	14,50-14,70	14,50-14,70
Roggenkleie	13,40-13,65	13,40-13,65

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 284 (Vortag 286½), September 241-241½ (243), Oktober 242-243 (244), Roggen Juli 196 bis 196½ Geld (196½), September 186¾-187 Geld (187½), Oktober 188 (188), Hafer Juli 187-186-187 (189½), September 164 (-), Oktober 164½ plus Geld (166½).

SPD.Das Reichsstatistische Amt teilt für den Stand der Reben im Deutschen Reich für Anfang Juni folgendes mit: Durch den langen Nachwinter hat die Entwicklung bei den Weinstöcken erst verspätet eingesetzt, Bei der feuchtwarmen Maiwitterung konnte die Wachstumsverzögerung aber wieder ziemlich eingeholt werden. Der Austrieb der Reben ist im allgemeinen rasch und gleichmässig verlaufen; der Ansatz der Gescheine wird als gut beurteilt. Meldungen über Frostschäden liegen bisher nicht vor. Für die wichtigsten Gebiete des deutschen Weinbaus lautet die Begutachtung des Rebstandes unter Zugrundelegung der Zahlennoten 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering wie folgt:Preuss.Rheingaugebiet 2,1; Nahegebiet 1,8; Mosel-, Saar- und Ruwergebiet 1,8; Ahrgebiet 1,9; Badische Weinbaugebiete 2,2; Rheinhessen 2,2; Rheinpfalz 1,9; Unterfranken 1,8; Neckarkreis 1,9.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 10. Juni 1931

Nekrolog auf einen Schimmel.x

SPD. Sie haben ihn vergessen; keiner hat seinen hundertsten Geburtstag gebucht: Vizir, das Ross des Kaisers!

Ich kam vom Katafalk des Kaisers, aus der Krypta des Invalidendoms, vom porphyrnen Sarkophag und den einsam zerfallenden Fahnen. Ich ging den dumpfen Casemattengang entlang durch diese internationale Kasernenatmosphäre, die im Peking Wu Pai Fus, in Potsdam oder Paris den gleichen Duft von Leder, Schweiss und Schikane ausströmt, und ging vom Dom hinüber nach dem Armeemuseum.

Im unteren Teile hängen die Uniformen des Kaisers. Der Rock, den er bei Marengo trug, der kleine Hut, das grosse Fernglas und der Degen. Und im Hofe stand der Salonwagen Papa Foch's, in dem wir den Krieg mit 14 Punkten verloren haben.

Aber im hellen, höheren Saale steht Er: Vizir, Araberschimmel, Geschenk des türkischen Sultans an den Kaiser. Eine Inschrift besagt es, und sie schliess gestorben 1826. Dort steht er nun schon über ein Jahrhundert, und ein kleiner, gelblicher Hund behütet ihn. Nepoleons Hund, der mit von Elba kam. Es gibt Leute, die behaupten, es sei ein hanebüchener Kitsch, dass man ihm dies pharaonische Dasein gegeben habe. Oh, diese Leute haben kein Herz. Ich aber habe ein Herz, ein Jungenherz, und "so will ich für Hektorn zeugen".

War es nicht dieser Schimmel, der unsern Zinnsoldaten Napoleon zum ewigen Zentauren machte? Wir mussten die Soldaten seines Herrn vernichten und Blücher mit Donnerhall und Erbsenknall beim Vertiko übern Rhein gehen lassen. Aber wir waren dem Ross und seinem Reiter in einer Hass=Liebe zugetan, von der sich selbst Siegmund Freud nichts hätte träumen lassen. Auch wenn wir den Kaiser gefangen genommen hatten und durch den Triumphbogen der Fussbank in Paris einzogen, der Schimmel musste mit auf das öde Eiland der Spanholzschachtel, die St. Helena hiess. Da stand er, seinen Heiter auf dem Rücken, und ihm zu Füssen konnte man die felsige Inschrift lesen: "Preussische Jäger im Angriff", oder "Französische Garde" oder "Römische Bogenschützen"; denn auch diese Hilfsvölker mussten wir unter dem scheinheiligen Vorwande, es seien "Baschkiren", zum Kampfe rufen. - - Dann aber ruhte unser Schimmel eine lange Kindernacht und einen langen Schulvormittag auf der Holzwolle seiner Schachtel aus, um zu erwachen zu Sieg und Kampf und Niederlage.

"Es gibt viele weisse Rosse auf Rosmersholm"; ja, aber in der Weltgeschichte gibt es noch mehr. Wir habem sie alle geliebt, die Quadriga des Cäsar, des grossen Kurfürsten Schimmel, auf dem-mehr nach dem Schullesebuch als nach der historischen Wahrheit - der wackere Froben den Tod gefunden haben soll und Condé, den Condé des Alten Fritz, der im Park von Sanssouci herumlaufen durfte. Auf Geldrucken und Schlachtenschinken haben wir sie bewundert, auf Stollwerck= und Liebigbildern sie besessen. Aber Vizir, ist je einer vor oder nach ihm so geehrt worden wie er? Nun steht er in seiner Museumsbox und träumt mit grossen, gläsernen Augen durch die Scheiben: dort ist Paris. Dort huschen die Taxis wie flinke Mäuse vorbei, und die Untergrundbahn hat Paris unterminiert, wie es kein Sappeir seines kaiserlichen Herrn vermocht hätte. Es ist alles anders geworden seit 1826, mein Lieber! Sein Fall ist stark gelichtet und das Weiss gegilbt wie altes Pergament. Aber auf der hageren, sehnigen Kruppe ist das "N" mit der Krone darüber deutlich geblieben. Viele tausend Pferde traben in Frank=

reichs Reiterei, aber diese Letter und diese Krone trug er allein. Ich habe trotz des "Berühren verboten!" mit meiner Hand des Schimmels Hals geklopft und der schönen Worte gedacht aus Heines "Buch Le Grand": "Er ritt ein weisses Rösslein, und das ging so ruhig stolz, so sicher, so ausgezeichnet. Nachlässig, fast hängend, sass der Kaiser; die eine Hand hielt hoch den Zaum, die andre klopfte gutmütig den Hals des Pferdes. Es war ein sonnig marmorne Hand, eine mächtige Hand, eine von den beiden Händen, die das vielköpfige Ungeheuer der Anarchie gebändigt und den Völkerzweikampf geordnet hatten - und sie klopfte gutmütig den Hals des Pferdes."

Es war ein weiter Weg, ehe ich zu dem berühmten Schimmel kam. Wir hatten alle ein wenig zu viel mit Soldaten gespielt. Heute tun das die Jungen nicht mehr, und gewiss ist das gut so. Der Fussball ist zum Globus geworden. Das Spielzeug geht allein mit Spiralfedern und elektrischem Betrieb, während wir den Schimmel und seinen Herrn noch auf Dichterquartettkarten an die Front schieben mussten. Wir sind alle vernünftiger geworden. Die Romantik ist keine blaue Blume gewesen, sondern bitterster Schierling. Wir wussten das nicht. Aber der Schimmel mag dennoch ruhig stehen bleiben in seiner Museumsbox. Den Marschallwagen drunten im Hofe haben sie ja nun fortgerollt in den Wald von Compiègne, wo er damals im November 1918 gestanden hat. Ein gewisser Hotelier wird ein Restaurant daneben setzen, und das Heer der Heimkrieger kann dort Sonntags Kaffee trinken und Ansichtskarten schreiben. Altes Eisen! Altes Eisen!

Napoleons Schimmel aber sollen sie noch bewahren, und erst wenn von der Memel bis zur Marne das Wort seines Herrn Erkenntnis ward: "Der Geist hat noch immer den Degen besiegt", dann mag auch ihm das Signal zur letztem Reveille geblasen werden.

Roland Marwitz.

---

ad acta.[x]

Von Pierre Lorent.

SPD. Ein engmaschiges Gitter läuft quer durch den Raum, der muffig düster unter einer Deckenwölbung wuchtet. Ein quadratischer, kahlgeschorener Schädel, weiss-schwammige Backen und leuchtende Augen stehen dahinter wie ein Mal der Vergeltung.

"Wie geht es dir?"

Eine Frau flattert herein und bleibt auf der anderen Seite des Gitters stehen. In hellem Sommerkleid. Mit grellen Lippen, hell hoher Stimme. Schärfster Gegensatz zum Sträfling auf der anderen Seite des Gitters springt auf.

Knappe Worte schleichen durch die Drahtmaschen. Dazwischen liegen Pausen, drückend wie Lasten. Was hätten sie einander auch zu sagen? Worte können in Schmerzen geboren werden. Die Augen suchen Verständigung, doch der Raum ist düster, und das Gitter lässt den Blick verschwimmen. Ins Wesenlose hinüber. Jenseits aller Hoffnung.

"Ich habe Pappo getroffen!"

Der Sträfling schneidet eine Grimasse. "Was will er von dir?"

"Nichts. Nur so." Sie sagt es nebenbei. Dann wieder eine Pause, in der das Herz des Sträflings fieberhaft arbeitet, pochend bis an die Schädeldecke schlägt, als wollte es sie sprengen.

"Schluss!"

Die schnarrende Stimme des Aufsehers setzt der Besuchszeit ein Ende. Der Sträfling geht durch hallende Gänge in seine Zelle zurück. Die Frau flattert in den sonnigen Tag hinaus...

Zwei Monate später steht der Sträfling wieder hinter dem Gitter. Erwartung in den Augen, Bitternis im Hirn, Sehnsucht auf den Lippen, Hass im Herzen.

Hass gegen alles: das Gitter, die Sonne, das Leben.

Die Frau flattert herein. Ein Herbstkleid in satten Farben. Ein still lächelndes Wesen voll sinnlicher Sattheit in den Augensternen. Ein Mann steht neben ihr. "Ich habe Pappo mitgebracht", meint sie. Der Sträfling nickt schweigend. Was soll er dazu auch sagen?

Pappo spricht nichts und scheint betreten zu sein. Dafür spricht die Frau, als ob sie Verlegenheit fortwischen wollte, Schuldbewusstsein vernichten. Der Sträfling horcht und sieht. Er erfühlt und erlauscht mehr als andere Menschen, denn Kerker verfeinern die Innerlichkeit.

"Wir werden gehen!" meint die Frau.

"Dann geht eben!" gibt der Sträfling zurück.

Pappo nickt hastig und folgt der Frau, die in den leuchtenden Herbst hinausflattert. Der Sträfling blickt ihnen sinnend nach, und der Aufseher muss ihn in die Gegenwart zurückrütteln....

Ein Brief fliegt in die Zelle. Unbeholfene Buchstaben reihen sich zu unbeholfenen Worten aneinander. "Ich und Pappo fahren nach Italien zu seinen Eltern. Er übernimmt das Geschäft. Wir werden heiraten. Du wirst es verstehen. Wir beide kommen doch zu nichts.- In bester Erinnerung Deine..."

In der folgenden Nacht findet man den Sträfling mit durchschnittener Kehle in der Zelle. Er hat sich die todbringende Wunde mit einem geschärften Löffelstiel beigebracht. Und nun weiss man auch den Namen der Frau, für die der Sträfling gestohlen hatte. Aber durch seinen Selbstmord ist alles zweck- und sinnlos geworden.

Der Fall wird ad acta gelegt. - - -

Maler, dann Siedlerarbeiter.

SPD. Kurz nach dem Kriege war ein junger deutscher Maler nach Kanada gezogen, um sich dort eine neue Heimat zu suchen. Nach vielen Jahren rastloser Wanderung durch Prairie und Steppe, Urwald und Gebirge war er im schönsten Gebiete des Landes, in der Provinz Britisch-Columbia, dicht am Pazifischen Ozean, hängen geblieben. Hier, in einem der langen Täler zwischen den verschiedenen Gebirgszügen der Rocky Mountains, glaubte er endlich seinen Plan verwirklichen zu können und schrieb begeisterte Berichte und Aufrufe nach Deutschland. Ein solcher Ruf zur gemeinschaftlichen Siedlung in den Obstplantagen des Okanagan Valley wurde auch in den "Jungen Menschen", der damals erscheinenden Zeitschrift der deutschen Jugendbewegung, abgedruckt, und viele Interessenten meldeten sich zur Teilnahme. Doch nur wenige konnten die hohen Ueberfahrtskosten bezahlen. Immerhin waren bis zum Frühjahr 1928 eine Familie und ein halbes Dutzend junger Burschen herübergekommen, alle mit dem guten Willen, aber wenigen Kenntnissen von der Landwirtschaft. Trotzdem erwarb die nun gebildete vegetarische Gemeinschaftssiedlung "New Work" ein grosses Stück Obstland mit einem komfortablen Farmhause zum Preise von 20 000 Dollar. Da natürlich keiner der Siedler auch nur einen geringen Betrag hatte, als er herüberkam, wurde das Ganze auf sogenanntes "half crop payment system" gekauft; das heisst: man leistete keinerlei Anzahlung und verpflichtete sich lediglich, die Hälfte des jährlichen Ertrages an den ehemaligen Besitzer abzugeben. So hatte alles nach Wunsch geklappt: man schwärmte von dem freien, noch Platz genug enthaltenden Kanada und ging schliesslich mit begeisterter Kraft an die Arbeit. Natürlich wurden sofort auch die neuesten Maschinen auf Abzahlung gekauft und für ein paar Dollar ein altes Auto eingehandelt.

Im Herbst aber zeigte sich, dass die Aepfelsorten, die in dem Orchard wuchsen, nur wenig begehrt waren. Man lieferte die grosse Ernte an die Verkaufsgenossenschaft in der nächsten Stadt ab, denn nur so ist überhaupt ein Absatz

möglich. Geld und Abrechnung aber sollte es erst geben, wenn alles verkauft war. Es begann ein langer, schwerer Winter ohne Arbeits= und Verdienstmöglichkeiten. Man lebte auf die primitivste Art, oft waren nicht mehr die paar Cents vorhan= den, um einen Brief nach Hause zu schreiben. Zu allem Unglück starb dann noch der frühere Besitzer, und seine Witwe verlangte endlich eine erste Abschlags= zahlung. Da sie nicht aufgebracht werden konnte, musste man das ganze Gut wie= der zurückgeben, hatte ein Jahrlang umsonst geschuftet; ja, jeder der betei= ligten Siedler hatte sich durch dieses Experiment noch einige hundert Dollar Schulden für die Anschaffungen auf den Hals geladen.

So stand die Geschichte, als ich im Frühjahr 1929 dort ankam. Zu den ma= teriellen Nöten war noch persönlicher Streit gekommen. Kurz, das Ende war, dass die von einem sozialistischen Eilande träumenden jungen Menschen sich trenn= ten und jeder für sich in einer der vielen Holzbaracken lebte, die in den Gär= ten für Wanderarbeiter aufgestellt sind. Zum Glück ist das Land dort so idyl= lisch, schön und fruchtbar, dass man wenig zum Leben braucht. Obst und Gemüse sind sehr billig, und da es im Sommer fast nie regnet und sehr warm ist, kann man bequem in diesen Holzhütten leben. Trotzdem versuchte nun Jeder, erst ein= mal bei den umliegenden Farmern eine Arbeitsstelle zu erhalten; denn nun träum= te jeder Einzelne von einem späteren eigenen Besitz, und dafür sind viele, vie= le Dollar notwendig. In der beginnenden Saison kamen auch so ziemlich alle un= ter, und bei einem Stundenlohn von 40 Cents lässt sich in diesen Gebieten, wenn man sparsam ist, schon etwas erübrigen. Aber die Farmer waren nach den schlech= ten Preisen im letzten Erntejahre selbst sehr sparsam geworden und beschäftig= ten nur in der dringendsten Zeit einige Leute. Zwischen den einzelnen Arbeits= perioden musste man deshalb lange feiern, und Ende Juni zeigte sich, dass vor Beginn der Ernte im Anfang August kaum noch eine Arbeitsmöglichkeit vorhanden war, denn nun waren auch noch viele Saisonarbeiter aus den Städten in diese Gegend gekommen.

So blieb nur der letzte Ausweg: sich bei der Canadian Pacific Railway als Streckenarbeiter zu verdingen, wenn man nicht den langen, arbeitslosen Winter über mittellos dastehen wollte. Diese Arbeit war berühmt als hundemäs= sig schwer und schlecht bezahlt. Sonst meldeten sich dazu nur Tramps, die sich einen neuen Anzug verdienen wollten, oder eingewanderte Polen, Russen, Japaner und Neger. Aber was blieb uns andres übrig? Als auf dem Arbeitsnachweis einige Stellen angeboten wurden, meldeten wir uns rasch, bevor auch sie wieder verge= ben waren. Mit einem Trekker wurden wir hinaus auf eine enge Strecke zwischen hohen Felsen gefahren. Es war eine bunte zusammengewürfelte Gesellschaft. Die Unterhaltung ging in mehr verschiedenen Sprachen, als auf grossen internationa= len Kongressen vertreten sind, und nur der Vormann unterhielt sich mit uns in dem breiigen Amerika=Englisch. "Well, boys, ihr seid noch verflucht junge Kinder", begrüsste er uns, "hier wird nicht gespielt, sondern harte Männerar= beit getan. Wenn ihr euer Pensum nicht einhaltet, könnt ihr morgen wieder ge= hen". Und mit einem breiten Grinsen gab er jedem von uns eine Spitzhacke in die Hand, damit wir die Steine zwischen den neugelegten Bohlen klopfen konnten.

Anfangs ging es ganz gut, aber je höher die Sonne stieg und sich die stei= len Strahlen auf die Felsplatten legten und von dort in vermehrter Glut wider= strahlten, desto mehr quoll uns der Schweiss aus dem Körper, trotzdem wir nur noch die Hose anhatten. Wie ein Geier beobachtete uns der Vormann, während er ab und zu einen dreckigen Witz erzählte, über den wir innerlich nur fluchen konnten. Die einzige Ruhepause war das Zigarettendrehen. Die Zeit dafür lässt sich kein Arbeiter in Amerika nehmen, und es ist deshalb erklärlich, dass un= glaublich viel geraucht wurde, wenn auch nur ein paar Körnchen Tabak in die Papierröllchen gewickelt wurden. Für diese Hundearbeit auf den wie Höllenfeuer glühenden Strecken gab es 30 bis 35 Cents die Stunde. Länger als einige Wochen hält keiner die Schinderei aus. Unsre Körper wurden zwar braun wie die der Ne= ger, aber auch so knochig wie die der unscheinbaren Japaner, hinter deren win= ziger Gestalt sich grosse Ausdauer verbirgt, und die deshalb hier die belieb=

testen, weil anspruchlosesten Arbeiter sind.

Als der Vormann uns am Ende der Woche den Scheck mit der Löhnung gab, sagte er: "Eigentlich müsste ich ja mit euch unzufrieden sein, denn ihr seid verdammt langweilig. Ich weiss, ihr Weissen seid zimperliche Kerle; ich werde eben dieses farbige Volk desto mehr anspannen müssen. Doch, wenn es geht, sucht euch wieder Arbeit in den Gärten! Ich weiss ja selbst, wie es ist, habe früher auch wie ihr geschuftet, aber ich werde von oben kontrolliert, und wenn ich weniger durchbringe als meine Konkurrenten, dann verliere ich meine Stellung, und das wollt ihr doch nicht, he, boys! All right."

Das hätte er uns garnicht zu sagen brauchen, denn es war klar, dass wir uns so bald wie möglich bei den Farmern melden würden. Leider erst nach vielen Wochen begann die Apfelernte, die uns nun wie eine Spielerei vorkam, und von unsern Leitern winkten wir morgens unsern früheren Kollegen zu, die weiter Tag für Tag hinaus auf die Strecke fuhren. Es waren fast nur noch Farbige, die bei den Farmern nur in Zeiten grösster Arbeiternot angenommen wurden. Aber davon war ja zur Zeit keine Rede; im Gegenteil, in den Strassen des Städtchens lungerten noch viele Arbeitslose herum, die vergeblich einen "job" suchten und mit Schrecken an den langen Winter dachten, in dem es in dem reinen Agrarlande Kanada keinerlei Beschäftigung gibt.

Karl Moeller.

Der Schuss in der Oper.[x]

SPD. Es war vor bald fünfzig Jahren, am 6. Dezember 1882. Im "Theater an der Wien" waren alle Vorbereitungen zur Uraufführung von Carl Millöcker's neuer Operette getroffen. Man versprach sich ein Fest. Der Kapellmeister dieser Musikbühne war bereits mehrfach mit eigenen Schöpfungen hervorgetreten. Das Publikum hatte die Werke jeweils mit Dank hingenommen; ein grosser Schlager war jedoch bislang nicht bei gewesen. Diesmal nun sollte etwas ganz Besonderes herauskommen. Das ganze musikalische Wien strömte ins Theater, um der Premiere des "Bettelstudent" beizuwohnen.

Millöcker selbst ging ein wenig unruhig an die Stätte seines Wirkens. Nicht etwa des Ungewissen seines neuen Werkes wegen. Auch sonst kannte er kaum Lampenfieber. Seit zwölf Jahren schwang er in diesem Hause den Taktstock. Viele fremde Musikwerke und auch ein halbes Dutzend eigene hatte er hier einstudiert und mit Erfolg herausgebracht. Eine andere Sache bewegte sein Gemüt. Er hatte an diesem Morgen eine von unbekannter Hand geschriebene Karte erhalten, deren Inhalt ihm zu denken gab. Und diese Karte hatte bereits eine Vorgeschichte. Eine Frau war im Spiel.

Der Kapellmeister war ein schöner Mann, ein Frauenliebling. Schon einige Wochen vorher hatte er einen Brief bekommen, in dem Folgendes geschrieben stand: "Grosser Meister! Wenn Du das Genie bist, welches die Welt seit langem verehrt, so musst Du die göttliche Kraft haben, Dich mit dem Götterfluge über die Alltäglichkeiten des Daseins hinwegzusetzen. Fliehe mit mir, die Dich anbetet, die Dein Bild wie einen Fetisch auf dem Herzen trägt. Du hast für den Ruhm genug getan. Denke an das Recht des Augenblicks. Denke an unser beiderseitigen Genuss".-

Milllöcker legte damals diesem Briefe keine besondere Bedeutung bei. Dergleichen Schreiben von verliebten und aufdringlichen Frauen hatte er schon häufig bekommen. Er hatte sich im stillen darüber gefreut und sich zumeist keine weiteren Gedanken gemacht. So etwas passierte allen Kollegen. Deshalb unterliess er es auch, die Adresse der Absenderin festzuhalten. Am Morgen des Premierentags nun war von der gleichen Schwärmerin die neue Karte eingegangen. Sie enthielt folgende Zeilen: "Verblendeter! So ziehst Du den eitlen Ruhm der be=

glückenden Liebe vor? Viel Glück für Deine heutige Premiere! Gieb nur acht,dass diese nicht durch irgendeinen unvorhergesehenen Zwischenfall gestört wird..."

Das war immerhin eine Andeutung, die den Kapellmeister ein wenig nachdenklich stimmte. Doch die beunruhigende Anwandlung verging bald, als er im Kreise seiner Musiker stand und noch einmal die letzten Weisungen gab. Persönliche Dinge, Frauen und Liebesbriefe waren vergessen. Klug und bestimmt leitete der Künstler jetzt das Orchester.

Hingerissen durch die originellen Weisen hatte das Publikum dem ersten Akte gelauscht. Entzückung überall. Lang anhaltender Beifall auf allen Plätzen des weiten Raumes. Die Menge jubelte dem Meister zu. Der zweite Akt begann. Das grosse Liebesduett kam heran. Auge und Ohr gaben sich dem Genusse hin. Das war wahrhaftig mehr als Alltagsmusik. Es hatte sich gelohnt,in die Aufführung dieser neuen Operette zu gehen.

Plötzlich krachte ein Schuss in die Stille. Mitten hinein in das wirkungsvolle Duett. Gleich darauf ein Stöhnen und ein dumpfer Fall in der einen Loge. Was war geschehen? Da gab es auch schon Unruhe. Man sah nach und stellte fest, dass in der betreffenden Loge eine Dame, der das Blut aus einer Brustwunde strömte, tot auf dem Teppich lag. Entsetzt wichen die Besucher rechts und link

Als die Saaldiener und die inzwischen herbeigerufene Polizei die Tote näher untersuchten,fanden sie in ihrer zusammengekrampften Hand einen Zettel, auf dem folgende Worte standen: "Carl Millöcker, Dich anbetend geh ich in den Tod". - Es war die Dame, die den grossen Musiker schon mehrfach um seine Liebe gebeten hatte, von diesem aber nicht beachtet worden war. Sie hatte ihre Drohung wahr gemacht.

Carl Millöcker war von dem Vorfall tief erschüttert. Und erst nach langer Zeit war er wieder in der Lage, schöpferisch tätig zu sein und den "Gasparone" zu schreiben.

-e.

Ein rätselhafter Mondkrater.x

SPD. Der Mond, der gute, treue Erdbegleiter,ist der Erde so nahe,dass ma mit Hilfe der modernen Fernrohre von seiner sichtbaren Oberfläche schon bessere und genauere Karten angefertigt hat als von manchen wenig erforschten Teile der Erde. Aber trotz der Nähe unsres Trabanten gibt es auf seiner Oberfläche noch viele Erscheinungen,die rätselhaft und ungeklärt sind und noch der Lösung harren. Da sind z.B. die hellen Strahlen auf dem Monde,die besonders auffällig vom Berge Tycho ausgehen,und von denen man sich noch keine rechte Vorstellung machen kann,um sie befriedigend erklären zu können.Ebenso verhält es sich mit derFarbenänderung einzelner Teile des Mondbodens, die sich in den grossen Fernrohren deutlich bemerkbar macht,und die von einigen Gelehrten als das Gedeihen eines primitiven Pflanzenwuchses gedeutet wird.

Eines der interessantesten Objekte für grosse Instrumente ist aber zweifellos der grosse Mondkrater Eratosthenes,der südlich von den Mondapenninen liegt. Der Krater hat einen so gewaltigen Umfang,dass mehrere Städte von der Grösse Berlins in ihm Platz finden könnten. Der hervorragende amerikanische Astronom W.H. Pickering hat unzählige Male diese Mondgegend beobachtet und dabei eine Erscheinung gesichtet, die er lange Zeit für das Phantasieprodukt seiner überanstrengten Augen hielt. Im Innern des Kraters sah er dunkle Flecke in den verschiedendsten Formen über den Boden dahinziehen,ohne dass sie jedoch den gewaltigen Ringwall des Kraters überschritten.Nacht für Nacht beobachtete er dieses seltsame Bild, und immer wieder sah er,begünstigt durch einen ausgezeichneten Himmel in ideal gelegener Gegend,wie diese rätselhaften Schatten ganz langsam hin und her wanderten,von einem Teil des Ringwalles zum andern. Schatten von Bergesspitzen konnten es nicht sein,da diese sich nicht bewegen

würden. Nach und nach kam Pickering zu der Auffassung,dass es Lebewesen sein müssten, die dort, im Innern des Eratosthenes=Kraters, bei Sonnenaufgang erwach ten, in riesigen Schwärmen, gleich gewaltigen Heuschreckenschwärmen,auf Nah= rungssuche gingen, um nach Beendigung des 14 Erdentage währenden Mondtages wie= der in eine Art Todesschlaf zu versinken.

Ist das Vorhandensein niederer Lebewesen auf dem Monde wirklich vollstän= dig unmöglich? Eigentlich nicht. Bei dem Krater Linné glaubt man noch eine ge= ringe vulkanische Tätigkeit festgestellt zu haben,da man verschiedentlich bei ihm "Dämpfe" gesehen hat. Der Mond ist also wahrscheinlich noch nicht ganz tot und abgestorben. Im Innern einiger Krater mögen sich noch Reste von Atmos= phäre erhalten haben,die niedrigen Lebewesen ausreichende Daseinsmöglichkeiten bieten. Wenn auch irgendwelche Spuren von Luft und Wasser auf unserm Trabanten nicht wahrnehmbar sind,so wird doch auch von der exakten Forschung die Möglich= keit einer Mondatmosphäre zugegeben,die ein Zweitausendstel der Dichte der Erd= atmosphäre beträgt.

SPD. Kann man Füchse und Hunde kreuzen?x Diese Frage hat die Wissen= schaft lange Zeit bestritten, bis tatsächliche Erfolge das Gegenteil bewiesen. In Altona besitzt ein Privatmann einen Bastard von Silberfuchs und Haushund, der aus einer Zuchtfarm stammen soll. Könnte man hier noch den Einwand erheben, dass die Füchse in den modernen Farmen ja selbst schon mehr oder weniger zum "Haustier" degradiert sind, dieser Bastardierungserfolg also keine Beweiskraft enthalte, so entfällt dieser Einwand bei dem jüngst im Münchener Tierpark Hella brunn gezeugten Fuchshunde. Der Vater dieses Bastards ist ein deutscher Rot= fuchs, die Mutter ein Haushund von Spitzähnlichkeit. Der Spitzhündin verdankt dieser Fuchshund sein langes,weiches Haarkleid, während er vom Vater die röt= liche Farbe und den fuchsähnlichen Gang geerbt hat. Im Temperament gleicht der Bastard ganz dem Vater, - er ist von der Unruhe des Fuchses in der Gefan= genschaft und durchaus hundescheu. Ausser diesen beiden Tieren ist letzthin noch eine dritte Bastardierung zwischen Fuchs und Hund bekannt geworden; auf seiner letzten südamerikanischen Expedition sah Professor Krieg einen Bastard von dem dort heimischen Azarafuchs und einem Haushunde.

SPD. Das Los des Genies.x Ein altes deutsches Epigramm,das heute noch für manches Genie Geltung hat, sagt von dem berühmten Astronomen Kepler:

"So hoch war noch kein Sterblicher gestiegen,
als Kepler stieg, - und starb im Hungersnot,
Er wusste nur die Geister zu vergnügen,
Drum liessen ihn die Körper ohne Brot."

SPD. Ein historisches Grabmal auf Rhodos.x Bei Ausgrabungsarbeiten in der Moschee von Sulcimane auf der Insel Rhodos wurde der Grabstein eines Grossmeisters des Johanniter=Ordens entdeckt. Das Bild auf dem Grabstein zeigt den Meister in grossem Ornat. Der Fund hat eine ausserordentlich grosse historische Bedeutung,weil es sich um einen der Gründer des Hospitals von Rho= dos aus dem 15.Jahrhundert handelt.

Preußischer Landtag

241.Sitzung.

SPD. Berlin, den 10.Juni 1931.

In der Mittwochsitzung des Landtages gedachte Präsident Bartels zunächst des Grubenunglücks auf der Zeche Ruben des Neuroder Reviers in Schlesien.Das Unglück entstand durch einen Kohlensäureausbruch und kostete 7 Bergarbeitern das Leben. 4 Bergleute wurden schwer verletzt. Landtagspräsident Bartels sprach den Hinterbliebenen und Verletzten das Beileid des Landtages aus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg.Schmidt-Hoepke (W.P.) in längeren Ausführungen gegen die Behauptung des Abg.Leinert (Soz.), dass er der Verfasser des Artikels in einem Düsseldorfer Blatt gewesen sei, in dem über das Verhalten des Abgeordneten in einer Nachtsitzung des Landtages in hämischer Weise unrichtig berichtet wird.

Zur Geschäftsordnung beantragt hierauf Abg.Kasper (Komm.) sofort einen Antrag zu verhandeln, in dessen Einleitung von der volksfeindlichen und verbrecherischen Politik des Landtages die Rede ist. Die proletarische Bevölkerung fordere radikale Abkehr von einer solchen Politik durch Sturz des kapitalistischen Systems. Die preussische Regierung sei die festeste Stütze der Brüningregierung, die mit immer neuen Notverordnungen verfassungswidrig regiere. Der Antrag schliesst: Der Landtag erklärt sich mit sofortiger Wirkung für aufgelöst!

Die Behandlung des Antrages scheitert am Widerspruch aus dem Hause.

Nunmehr beantragt Abg.Sobottka (Komm.)die sofortige Behandlung einer grossen Anfrage seiner Fraktion wegen des Neuroder Grubenunglücks. - Da niemand widerspricht, wird die Grosse Anfrage unter der Voraussetzung auf die Tagesordnung gesetzt, dass sich die Regierung zur Beantwortung bereit erklärt.

Gegen die sofortige Behandlung eines kommunistischen Antrages, der die angeblich bevorstehende Exmission von Schwartbuker Bauern durch die Schleswig-Holsteinische Höfebank verhindern will, erhebt Abg.Jürgensen (Soz.)mit dem Hinweis Widerspruch, dass die Höfebank in den letzten Tagen mit den Schwartbuker Bauern zum Abschluss von Verträgen gekommen sei. Es entwickelt sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte zwischen dem Abg.Bruhn (Komm.) und Jürgensen (Soz.), wobei die Kommunisten den Abg.Jürgensen durch lärmende und beleidigende Zurufe unterbrechen. Präsident Bartels erteilt mehreren Kommunisten Ordnungsrufe.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Da die Staatsregierung sich inzwischen zur Beantwortung der kommunistischen grossen Anfrage wegen des Neuroder Grubenunglücks bereit erklärt hat, erhält das Wort zu ihrer Begründung

Abg.Sobottka (Komm.),der erklärt, dass dieses jüngste Unglück kein Zufall, sondern eine Folge vernachlässigter Grubensicherheit und rücksichtslosen Antreibersystems sei. Es finde sich kein Richter, der die Schuldigen ins Zuchthaus bringe. Mit dem geheuchelten Mitleid des Landtages sei den Opfern nicht gedient. (Präsident Bartels rügt diesen Ausdruck!) Mit diesem System des Bergarbeitermordes durch den Kapitalismus werde die revolutionäre Arbeiterschaft rücksichtslos aufräumen.

Ministerialrat Rother (von den Kommunisten mit beleidigenden Zurufen empfangen) führt in Beantwortung der kommunistischen grossen Anfrage aus, dass es nicht leicht sei, unmittelbar nach dem Unglück über die Ursache erschöpfende Auskunft zu geben. Es stehe aber fest, dass auf der Rubengrube Erschütterungsschüsse vorschriftsmässig abgegeben worden seien, während sich die Belegschaft hinter den Schiesstüren zurückgezogen hätte. Eine Viertelstunde später seien die dazu bestimmten Bergleute vorgegangen, um zu revidieren. Kurz darauf

sei die erste Meldung über den Kohlensäureausbruch gekommen. Es seien also zwischen dem Schiessen und dem Ausbruch rund 25 Minuten vergangen gewesen. Es sei durch die sofort eingeleitete Rettungsaktion gelungen, mehrere gasvergiftete Bergarbeiter lebend zu bergen. Eine Untersuchung sei sofort eingeleitet worden. Die Behauptung der Anfrage, dass die Belegschaft schon an der Arbeit gewesen sei, beruhe auf einem Irrtum. Die Tatsache, dass der Kohlensäureausbruch sich eine halbe Stunde nach dem Schiessen ereignet habe, sei ein Vorkommnis, das sich in der jahrzehntelangen Bekämpfung solcher Ausbrüche nur ganz vereinzelt ereignet habe.

Die von dem Abg. Schwenk (Komm.) beantragte sofortige Besprechung der Anfrage kann nicht stattfinden, da sie von den Kommunisten selbst nicht genügend unterstützt wird.

Es folgt die zweite Lesung des Staatsvertrages mit der evangelischen Landeskirche.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) beantragt die sofortige Abstimmung eines kommunistischen Antrages, der die Aussetzung der Debatte über den Staatsvertrag solange fordert, bis die Regierung Material über die finanzielle und politische Auswirkung vorgelegt habe. - Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Abg. Koch-Oeynhausen (Dtn.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, dass die Deutschnationalen trotz schwerer Bedenken dem Vertrage zustimmen werden. Ein grosser Teil seiner Fraktion halte insbesondere die politische Klausel für bedenklich. Bedauerlich sei, dass seinerzeit das Zentrum die gleichzeitige Verabschiedung des evangelischen Vertrages mit dem katholischen Konkordat verhindert habe. Dadurch seien die kirchenfeindlichen Kreise gestärkt worden.

Abg. Prelle (Dt. Frakt.) erhebt ebenfalls gegen die politische Klausel Bedenken. Innerhalb seiner Fraktion sei die Stellungnahme zu dem Vertrag nicht einheitlich.

Abg. Benscheid (Komm.) lehnt unter heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie den Kirchenvertrag ab.

Abg. Dr. von Campe (D.V.) erklärt, dass auch in seiner Fraktion die Stellung zu dem Vertrag keine einheitliche ist. Es sei zu prüfen, ob der evangelischen Kirche als Kulturmacht ersten Ranges vom Staate ihr Recht werde. Im Ausschuss habe Abg. Lauscher (Ztr.) sich in innere evangelische Fragen eingemischt. Die Mehrheit seiner Fraktion werde, wenn auch schweren Herzens, dem Vertrage zustimmen.

Abg. Dr. Lauscher (Z.) protestiert dagegen, dass er sich in evangelische Fragen habe einmischen wollen. Das Zentrum habe sich in alter guter Tradition zurückgehalten.

Abg. Graue (Staatsp.) erköärt für seine Partei die Zustimmung zu dem Vertrag, weil er die besten Grundsätze eines späteren Liberalismus verkörpere.

Die Abgg. Hestermann (W.P.) und Meyer-Hermsdorf (Christl. Soz.) stimmen dem Vertrage ebenfalls zu.

Abg. Leinert (Soz.) erklärt, dass die Sozialdemokraten sich entsprechend ihrer Haltung im Ausschuss die endgültige Entscheidung bis zur dritten Lesung vorbehalten und deshalb Enthaltungskarten abgeben werden.

In namentlicher Abstimmung wird Artikel 1 des Vertrages mit 169 gegen 37 Stimmen der Kommunisten und einiger Volksparteiler bei 74 Enthaltungen der Sozialdemokraten angenommen. Mit ungefähr derselben Mehrheit und denselben Enthaltungen wird Artikel 2 in namentlicher Abstimmung angenommen, der den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt. - Es folgt die zweite Lesung des Pfarrerbesoldungsgesetzes. - Abg. Dr. Ausländer (Komm.) wendet sich sehr scharf gegen die Vorlage. Das Gesetz wird in namentlicher Abstimmung gegen die Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Landtags-Stimmungsbild.

SPD.Berlin,den 10.Juni (Eig.Ber.)

In der Mittwochsitzung des Landtages gedachte Präsident Bartels zunächst der Opfer des Grubenunglücks auf der Zeche Ruben des Reviers Neurode in Schlesien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entwickelte sich eine einstündige rege Geschäftsordnungsdebatte. Die Kommunisten verlangten, dass ein ganzes Bündel ihrer Anträge auf die Tagesordnung gesetzt und sofort verhandelt werden sollte. Da war zunächst ein Antrag auf sofortige Auflösung des Landtages, in dessen Begründung die preussische Regierung für die Brüningsche Notverordnung verantwortlich gemacht wird und in dem von der "volksfeindlichen und verbrecherischen Politik" des Landtages die Rede ist. Die Behandlung dieses Antrages scheiterte ebenso wie die anderen kommunistischen Anträge an dem Widerspruch aus dem Hause. Lediglich eine kommunistische grosse Anfrage wegen des Neuroder Grubenunglücks wurde auf die Tagesordnung gesetzt und, da die Regierung sich sofort zur Beantwortung bereit erklärte, von dem Kommunisten Sobottka begründet. Ein Regierungsvertreter antwortete, dass es naturgemäss sehr schwer sei unmittelbar nach dem Unglück über dessen Ursachen erschöpfende Auskunft zu geben. Immerhin sei festgestellt, dass auf der Rubengrube Erschütterungsschüsse vorschriftsmässig abgegeben worden seien, während die Belegschaft sich hinter den Schiesstüren zurückgezogen hatte. Kurz nach dem Vorgehen der dazu bestimmten Bergleute sei die erste Meldung über den Kohlensäureausbruch gekommen. Zwischen dem Schiessen und dem Ausbruch seien 25 Minuten vergangen. Die sofort eingeleiteten Rettungsmassnahmen hätten mehreren gasvergifteten Bergarbeitern das Leben gerettet. Die Untersuchung sei sofort eingeleitet worden.

Die von dem Kommunisten Schwenk beantragte sofortige Besprechung der Anfrage scheiterte daran, dass die Kommunisten selbst nicht die zur Unterstützung des Antrages notwendigen 30 Stimmen aufbrachten.

Es folgte die zweite Lesung des Staatsvertrages mit den evangelischen Landeskirchen. Die Deutschnationalen gaben die Erklärung ab, dass sie trotz schwerer Bedenken einstimmig dem Vertrage zustimmen würden, während die Redner der Volkspartei und der deutschen Fraktion betonten, dass die Stellung ihrer Fraktionsmitglieder zu dem Vertrage keine einheitliche sei. Für die Sozialdemokraten erklärte Abg.Leinert, dass sich die sozialdemokratische Fraktion ihre endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vorbehalte und deshalb bei der Abstimmung zunächst Enthaltungskarten abgeben werde.

Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Vertrages in zweiter Lesung mit 169 gegen 37 Stimmen der Kommunisten und einiger Volksparteiler.Die dritte Lesung des Vertrages und die endgültige Abstimmung sollen am Sonnabend stattfinden. Anschliessend wurde in zweiter Lesung ohne wesentliche Aussprache das Pfarrerbesoldungsgesetz angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr.